Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1906

52 (2.3.1906)

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 52. Karlsruhe, freitag den 2. März 1906. 26. Jahrgang.

Badischer Landtag.

(36. Sitzung.)

Karlsruhe, 1. März.

Das Budget des Finanzministeriums,

dessen Beratung heute begann, gab Veranlassung, sich nochmals mit unserer staatlichen Sparpolitik auf dem Gebiete der Finanzen zu beschäftigen. Dabei zeigte es sich, daß im Landtag sich allmählich die Erkenntnis durchzuringen beginnt, daß unsere bisherige Finanzpolitik nicht in alleweg die richtige war. Nur das Zentrum hält fest an dem Standpunkt der Regierung, wobei man neugierig sein darf, wie das Zentrum den Versprechungen, die seine Abgeordneten gemacht haben, halten wird. Der Finanzminister hat wieder das alte Klagelied von der gespannten Finanzlage angestimmt, allein er hat damit wenig Anklang gefunden. Der Abg. Neuhaus vom Zentrum fühlte auch das Bedürfnis, sich als Finanzgenie in empfehlende Erinnerung zu bringen. Mit einem Hochmut, der im umgekehrten Verhältnis zu seinen Kenntnissen auf diesem Gebiete steht, sprach dieser Herr über die Oberbürgermeisterpolitik, was ihm aber nicht gut bekommen ist. Den Gipfelpunkt seiner finanzpolitischen Weisheit erstieg der Herr mit dem Vorschlag, eine badische Staatslotterie einzuführen. Genosse Kolb wies diesen Vorschlag energisch zurück und nahm im übrigen nochmals Veranlassung, das Gerede von der gespannten Finanzlage zu widerlegen. Auch dem Scharfmacher Honsel in der Ersten Kammer widmete er einige Bemerkungen, die sich dieser Herr hoffentlich ad notam nehmen wird. Von den Nationalliberalen sprachen Obkircher und Binz. Beide sprachen sich für eine beschränkte Anlehenspolitik aus. Allein die Herren machen ihre Reden dadurch wirkungslos, daß sie jeden, auch den leisesten Tadel in ein Dutzend Lobsprüche einwickeln. Am Samstag wird die Debatte fortgesetzt werden.

•

Präsident **Wilckens** eröffnet um 9 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch Finanzminister Becker und Regierungskommissäre. Eingegangen ist eine Petition der Gemeinde Legelshurst, die Erbauung einer Bahn von Offenburg nach Kehl betreffend.

Abg. **Mayer**-Mannheim: Berechtigte Forderungen des Lehrerstandes seien zu erfüllen und für den nächsten Landtag sei die Revision des Gehaltstarifs vorzunehmen, da man nicht mehr aus dem Wege gehen könne. Zum Titel „Ruhegehalte" wurde von der Kommission angeregt, die Gewährung von Gnadengaben an solche Ehefrauen, die ihre Pension noch auf Grund der früheren niederen Sätze beziehen, auf längere Zeit zuzugestehen.

Abg. **Heimburger** (Dem) bringt das Diätenreglement zur Sprache, das er auf gesetzliche Grundlage gestellt wissen wolle. Das jetzige System sei veraltet.

Abg. **Gießler** (Ztr): Je nach der Reichsfinanzreform werde Baden gut oder weniger gut abschneiden. Jedenfalls müsse Baden bei der Absolvierung der Steuergesetze auf weitere, erhöhte Ausgaben besorgt sein, wenn auch ein gewisser Aufschwung vorhanden sei. Ob nach Inkrafttreten der Handelsverträge nicht ein gewisser Stillstand eintrete, müsse abgewartet werden; jedenfalls werde man auch in Baden darauf bedacht sein müssen, bei den in Aussicht stehenden weiteren Ausgabe, auch für Einnahmen Sorge zu tragen.

Abg. **Armbruster** (Ztr.) verbreitet sich über die Notwendigkeit der Förderung der öffentlichen ländlichen Wohlfahrtspflege in wirtschaftlicher und geistiger Hinsicht.

Abg. **Venedey** (Dem.) tritt gleichfalls, wie schon auf früheren Landtagen, für eine weitgehende Gewährung von Gnadengaben an die Hinterbliebenen jener Beamten ein, die ihre Pension noch nach früheren Sätzen beziehen. Redner bringt sodann die Stellung der Bezirksbauinspektoren zur Sprache, die durch Arbeiten für Gemeinden und Stiftungen nicht unbeträchtliche Nebeneinkünfte hätten in Höhe von oft 4000 bis 5000 Mark, wobei die Staatsarbeiten unter Umständen in das Hintertreffen kämen.

Finanzminister **Becker**: Wolle man die großen Aufgaben, die hier im Landtag so energisch betrieben, erfüllen, so gehe es nicht ab ohne namhafte Opfer der steuerzahlenden Bevölkerung. Die vermutete Erhöhung des Betriebsfonds auf 2 Millionen Mark sei nicht eingetreten, sondern habe sich auf 600 000 Mk. beschränkt. In dem Erträgnis der indirekten Steuern sei ein gewisser Beharrungszustand eingetreten, sodaß er bitten möchte, sich die Frage der Abschaffung alter, eingelebter Steuern, wie z. B. die Fleischsteuer, ernstlich zu überlegen. Wenn man eine Erhöhung anderer Steuern vornehmen müsse, so wäre ein Ausfall von 800 000 Mk. von der Fleischsteuer doch sehr bedenklich. Wohl solle der Staat schön und gut bauen, doch müsse er sich auf dem Gebiete der Hochbauten vor Uebertreibungen hüten. In den Dienstwohnungen sei man leider vielfach zu einer Ueppigkeit gelangt, die zu den Einkommensverhältnissen der Beamten nicht in dem richtigen Verhältnis stünden. In den Bevölkerungsklassen höre man darüber oft recht bittere Worte. Die Regelung der Diätenfrage werde auch von der Regierung gewünscht, doch stehe dieselbe mit der Revision des Gehaltstarifs eng zusammen und werde mit dieser erfolgen. Was den Gnadengabenfond betreffe, so sei die Regierung stets bemüht gewesen, denselben in der gewünschten Weise zu verwenden.

Abg. **Neuhaus** (Ztr.): Er hoffe, daß der Finanzminister nicht die Oberbürgermeisterpolitik der Ersten Kammer sich aneigne. (Widerspruch.) Eine Anlehenspolitik für nicht werbende Anlagen könne er nicht befürworten. Die Fleischsteuer sei unsympathisch, möge sie die Regierung opfern und dafür eine badische Staatslotterie einführen, denn der Spielteufel sei auch in Baden groß. Erfreulich sei das Entgegenkommen des Finanzministers auf dem Gebiete des Gnadengabenfonds.

Abg. **Obkircher** (natl.) geht auf das Gebiet des Hochbauwesens näher ein; der Staat habe hier eine gewisse Verpflichtung der Allgemeinheit, dem Gemeindewesen und dem Kunstgewerbe und Handwerk gegenüber, doch könne von einem übertriebenen Luxus wohl abgesehen werden. Die Revision des Gehaltstarifs sei jetzt eine Staatsnotwendigkeit geworden und eine weitere Verschiebung über den nächsten Landtag hinaus nicht möglich. Die Fleischsteuer müsse jedenfalls so lange beibehalten bleiben, bis ein Ersatz für dieselbe gefunden sei. Ein klein wenig sollte auch der Staat sich die Städtepolitik zur Richtschnur nehmen und sich überlegen, ob nicht die eine oder andere Ausgabe des außerordentlichen Budgets, wie z. B. die Regulierung des Oberrheins, der Bau von Irrenhäusern auf Anlehen zu übernehmen sei.

Abg. **Blümmel** (Ztr.) tritt den Ausführungen Venedeys in der Frage der Bezirksbauinspektoren bei.

Abg. **Kolb** (Soz.):

Ich hatte nicht die Absicht, mich bei dieser Debatte zum Wort zu melden. Allein es sind hier Aeußerungen gefallen, die nicht unwidersprochen durchs Land gehen dürfen. Was zunächst die von den Abgg. Venedey und Heimburger vorgetragenen Wünsche und Beschwerden betreffend die Hinterbliebenenversorgung der Beamten und die Diäten anbelangt, so kann ich mich dem nur vollinhaltlich anschließen. Der Herr Finanzminister hat von unvorbereiteten Aufgaben gesprochen, die an die Regierung herangetreten seien und durch welche die Regierung in eine peinliche Situation gekommen sei und er hat als solche Aufgaben die Reichsfinanzreform, die Lehrervorlage und die Revision des Gehaltstarifs bezeichnet. Ja, das sind doch keine unvorbereiteten Aufgaben. Seit Jahren weiß die Regierung, daß diese Fragen einer dringenden Lösung bedürfen. Hätte die Regierung früher eingesehen, daß wir um die Lösung dieser Fragen nicht herumkommen, dann befänden wir uns heute nicht in einer so unangenehmen Situation. Aber sie hat diese Fragen immer wieder auf die lange Bank geschoben und nun sind große Mittel erforderlich, um die längst berechtigten Wünsche endlich befriedigen zu können. (Sehr richtig.)

Der Herr Finanzminister hat auch heute wieder das Gespenst der gespannten Finanzlage aufmarschieren lassen. Damit wird nun schon seit vielen Jahren operiert. Wie stehts aber in Wirklichkeit? Vor zwei Jahren hat man uns ein Defizit von 15 Millionen, Aufzehrung des umlaufenden Betriebsfonds bis auf den eisernen Bestand und die Unmöglichkeit der Deckung des außerordentlichen Etats prophezeit. Unter dem Eindruck solcher düsteren aber durchaus falschen Prophezeiungen wurde die Lösung der wichtigsten Kulturaufgaben vom Landtag immer wieder hinausgeschoben. Dagegen muß endlich einmal energisch protestiert werden. Was haben denn die Rechnungsergebnisse der Jahre 1904/05 ergeben? Wir haben nicht nur keinen Pfennig Defizit gemacht, sondern noch 4,2 Millionen Mark in Reserve gelegt. Wie kann man da vor uns hinstehen und solche Klagelieder anstimmen? Das darf sich der Landtag nicht mehr widerspruchslos bieten lassen.

Der Finanzminister hat dann vor der Beseitigung der Fleischaccise gewarnt. Nun diese Fleischaccise ist eine durchaus ungerechte Steuer, die beseitigt werden muß, namentlich im Hinblick auf die jetzige Verteuerung der notwendigen Lebensmittel. Der Ausfall an diesen Einnahmen des Staates muß eben auf dem Wege der direkten Steuern wieder gedeckt werden.

Der Abg. Neuhaus hat von der Oberbürgermeisterpolitik gesprochen. Wenn wir die Finanzpolitik der Oberbürgermeister mit der unseres Staates vergleichen und insbesondere die Folgen der Sparpolitik des Staates mit den Erfolgen der Städte, so kann die Politik der Oberbürgermeister den Vergleich zweifellos bestehen. Die Städte haben großes geleistet, namentlich auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet, während der Staat die dringendsten Kulturaufgaben in geradezu unverantwortlicher Weise vernachlässigt hat. Das wird wohl nicht bestritten werden. Abg. Neuhaus hat aber in demselben Atemzuge, in dem er die Oberbürgermeisterpolitik verdammte, einer badischen Staatslotterie das Wort geredet. Wie räumt sich das zusammen? Wir müßten dagegen protestieren, wenn auf diese Weise der Staat sich Einnahmen verschaffen wollte. Dadurch wird den Leuten das Geld aus der Tasche gestohlen. Der Spielteufel, von dem der Abg. Neuhaus gesprochen, ist derselbe, ob die Lose vom badischen oder von einem anderen Staate ausgegeben werden. Wir wollen, daß das Volk weiß, was an Mitteln für den Staat notwendig ist und deshalb soll das Volk dazu erzogen werden, die notwendigen Mitteln durch direkte Steuern aufzubringen. Dann wird auch an den rechten Orten gespart werden.

Zum Schluß möchte ich noch auf einige Bemerkungen zu sprechen kommen, die ein hoher Staatsbeamter in der Ersten Kammer gemacht hat. Der betreffende Herr hat schon auf dem letzten Landtag die Regierung gegen die Arbeiter scharf zu machen versucht. Diesmal wollte er die Regierung gegen seine eigenen Kollegen, die Staatsbeamten scharf machen. Wie der Herr das mit dem Gefühl der Kollegialität vereinigt, weiß ich nicht. Aber das weiß ich bestimmt, daß, wenn die Beamten alle so gestellt wären, wie die höheren Beamten, sie nicht nötig hätten, Demonstrationsversammlungen abzuhalten. (Sehr wahr!) Ich habe mir soeben das Budget des Wasser- und Straßenbaues angesehen und gefunden, daß dieser Herr neben seinem Gehalt in Höhe von 7500 Mark noch **3800 Mark, also 50 Prozent Nebenbezüge** hat. Ja, diese Leute brauchen allerdings keine Demonstrationsversammlungen abzuhalten. Wir finden, daß die hohen Beamten sehr oft solche „Dienstzulagen" haben. Ja, es scheint mir, als ob in dieser Beziehung bei den Herren ein auf Gegenseitigkeit begründetes Verhältnis besteht. (Sehr richtig!) Diese Beamten haben keine Ursache, auf die Revision des Gehaltstarifs zu drängen, denn sie bekommen ja das, was die anderen vergeblich verlangten, auf dem Wege der Dienstzulagen. (Sehr gut!) Mit diesem System muß endlich gebrochen werden und die Volksvertretung muß deshalb auf eine beschleunigte Revision des Gehaltstarifs drängen. Die hiezu nötigen Mittel müssen aufgebracht werden und es gibt dazu die Reform unserer Vermögenssteuergesetzgebung die beste Handhabe. (Bravo! bei den Sozialdemokr.)

Abg. **Görlacher** (Zentr.) befürwortet eine bessere Regelung der Vergebung der Arbeiten.

Abg. **Pfeiffle** (Soz.):

Der Abg. Venedey hat sich darüber beschwert, daß den Bezirksbauinspektoren erlaubt sei, im Nebenamt für die Gemeinden und die Stiftungen zu arbeiten. Ich gehe nicht so weit, diese Arbeiten den betreffenden Herren zu verbieten. Der Finanzminister hat darauf hingewiesen, daß die Bezirksbauinspektoren angewiesen seien, für die Gemeinden Arbeiten zu machen. Mir scheint, daß das nicht allgemein der Fall ist, wenigstens hat die Gemeinde Rohrbach bei ihrem Kanalbau einen ablehnenden Bescheid erhalten.

Präsident **Wilckens**: Diese Angelegenheit gehört zum Ministerium des Innern und ich bitte den Herrn Abg. Pfeiffle, die Besprechung der Sache bis zur Beratung dieses Budgets zu verschieben.

Abg. **Pfeiffle**: Dann möchte ich noch kurz zur Frage der Fleischaccise mich äußern. Der Abg. Obkircher hat gemeint, in Mannheim sei durch die Beseitigung des Oktrois keine Verminderung des Preises eingetreten. Das ist nicht richtig. Gewiß sind die Preise wieder gestiegen, aber infolge einer allgemeinen Preissteigerung. Daß dieses Oktroi den Preis der davon getroffenen Lebensmittel verteuert, hat auch der Reichstag bestätigt, indem er die Aufhebung der Oktrois für das Jahr 1910 beschlossen hat. Diese Steuern wirken bekanntlich wie Kopfsteuern, d. h. sie belasten den einzelnen nicht nach Maßgabe seines Einkommens, sondern nach seinem Verbrauch, so daß ein armer Familienvater mit starker Familie mehr indirekte Steuern bezahlen muß, als der ledige reiche Millionär.

Abg. **Ihrig** (Dem.) verteidigt gleichfalls die angegriffene „Oberbürgermeisterpolitik", die zu einer Blüte der Städte geführt, die sich der Staat zum Muster nehmen könne.

Abg. **Rösch** (Soz) wendet sich gleichfalls gegen die Privattätigkeit der Bezirksbauinspektoren, deren Konkurrenz schwer empfunden werde. Gehälter von 4500 Mk. seien genügend hoch, um damit leben zu können. (Heiterkeit.) Auch er sei ein Freund der Gehaltsrevision, besonders nach unten hin, möge das Geld herkommen, woher es wolle.

Abg. **Binz** (natl.): Man dürfe doch nicht vergessen, daß der Gehaltstarif für die Beamten der gleiche geblieben sei, während die Löhne der staatlichen Arbeiter von Zeit zu Zeit gestiegen seien. (?) Mit der Revision müßten auch die sich immer mehr einbürgernden Nebengehalte wieder beseitigt werden. Redner ist ein entschiedener Gegner der Fleischsteuer, wie er auch ein Gegner jeder Inlandssteuer auf die notwendigen Lebensmittel sei, wie ja auch nicht zu bezweifeln sei, daß jede

---

Leibeigen.

Roman aus der Zeit der russischen Leibeigenschaft.

Von Wilhelm Braunsdorf.

53) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Sehr gern," antwortete der Lase. „Allein würdest du sie doch nicht finden."

Der Major reichte ihm die Feldflasche.

„Da, stärke dich zuvor!"

Und während der Lase mit Behagen einige tüchtige Schlucke von dem stärkenden Getränke zu sich nahm, hüllte Wladimir sich in seinen langen erdgrauen Mantel, steckte ein paar gute Pistolen zu sich und schritt wenige Sekunden später hinter seinem Führer her in die Nacht hinein.

Eine weite Strecke schritten sie am Ufer des Terek entlang und lenkten dann in eine öde Bergschlucht ein, deren steile Wände allmählich enger zusammenrückten und einen fast dunklen Hohlweg bildeten. Nachtvögel als einzige Lebewesen strichen mit gespenstigem Fluge und scharfem Kreischen an den Steinrändern hin, an welchen das Mondlicht mit bläulichem Schimmer zitterte.

Nach einer weiteren Stunde blieb der Hohlweg zurück und sie erstiegen ein Plateau, das vom Mond hell beschienen war. Mit Mühe kletterten die Wanderer über wild durcheinander geworfenes Steingeröll; auch vielfache Risse und Klüfte mußten sie mit Lebensgefahr überspringen.

Endlich stieg in kurzer Entfernung der Kötjödof steil und schwarz vor ihnen auf.

„Noch wenige Minuten und wir sind am Ziel!" flüsterte der Lase.

Wladimir schöpfte tief Atem.

„Ein verteufelter Weg. Ueber zwei Stunden marschieren wir schon über Stock und Stein.

In der Ferne schlugen mehrere Hunde an.

„Ich hätte dich auf einem besseren und kürzeren Wege hierher führen können, doch dann hätten wir ein Aul passieren müssen. Man hätte uns dann sehen und Verdacht schöpfen können."

Der Major nickte schweigend mit dem Kopfe.

Ein Wald von Steineichen, mit denen auch der Kötjödofberg und die benachbarten Anhöhen bestanden waren, dehnte sich links; rechts ein mit hohem Schilf bewachsener Sumpf, durch welchen ein Flüßchen seine schmutzigen Fluten hinwälzte.

Weit und breit keine menschliche Wohnstätte. Alles einsam und still.

Endlich wandte sich Atalin um und flüsterte leise: „Wir sind am Ziel!"

„Hier?" rief Wladimir erstaunt, denn vor sich erblickte er nun einen unförmlichen Steinhaufen, der mit Moos, fußhohen Kräutern und niedrigem Gestrüpp bewachsen war, und hinter welchem der Kötjödofberg terrassenförmig emporstieg. Er hielt es kaum für möglich, daß sich hier ein Schlupfwinkel für Menschen befinden könne.

Der Lase bog das Gebüsch, welches die unteren Partien der Steinpyramide einnahm, auseinander und räumte mit sichtlicher Anstrengung einen großen, schweren Granitblock hinweg. Hier zeigte sich eine Oeffnung, die gerade hoch genug war, um einen Menschen in gebückter Stellung durchschlüpfen zu lassen.

Der Major prüfte die Oeffnung aufmerksam und murmelte dann:

„Ein recht artiges Versteck für geheime Umtriebe. Wer hätte dies in dieser Einöde vermutet!"

Atalin hatte mittlerweile eine Kienfackel entzündet und leuchtete damit in die Oeffnung hinein.

„Gib mir die Fackel, Freund, ich will das Innere der Höhle in Augenschein nehmen," sagte Wladimir und kroch dann durch die Oeffnung.

Der Lase folgte.

Der Boden senkte sich unter ihnen in schiefer Ebene, und bald standen sie in einem weiten, öden Raum, der von dem Lichte der Fackel nur zum Teil erhellt wurde. Eine dumpfe Luft herrschte in der Höhle.

Wladimir durchschritt dieselbe mit hocherhobener Fackel nach allen Seiten und unterwarf sie einer gründlichen Untersuchung. Wände und Decke bestanden aus zackigen Gesteinsmassen. An einer Seite bildeten scharfe Felsvorsprünge eine kleine dunkle Seitenhöhle. Wladimir leuchtete an den Wänden und am Boden entlang. Er hoffte Waffen vorzufinden, aber nichts enthielt der Raum, woraus hätte geschlossen werden können, daß er Menschen zum zeitweiligen Aufenthalt diente.

Endlich war die Besichtigung der Höhle beendet.

Wladimir nickte befriedigt. Ein triumphierendes Lächeln prägte sich in seinem Antlitz aus.

Ein Plan, so abenteuerlich und verwegen, wie er in diese eigentümliche, bizarre Gebirgslandschaft paßte, hatte sich seiner Sinne bemächtigt.

Sie verließen die Höhle und Atalin bemühte sich, alle Spuren dieses Besuches sorgfältig zu beseitigen.

„Nochmals meinen Dank, Freund," begann der Major nach langem Schweigen und holte tief Atem. „Was gedenkst du jetzt zu tun, denn in der Umgegend von Mosdok dürftest du dich nicht mehr sicher fühlen."

„Du hast recht, Herr. Meine Brüder hegen bereits den stärksten Verdacht gegen mich. Und werden jetzt ihre Pläne von euch Russen durchkreuzt, dann werden sie wissen, wer sie verraten. Ich denke deshalb auch gar nicht daran, hier zu bleiben. Ich will auswandern."

„Was du sagst. Willst du nicht lieber in meine Dienste treten?"

Der andere zuckte schweigend die Schultern.

„Fürchtest du auch hinter den Mauern der Zitadelle unter dem Schutze der russischen Waffen für dein Leben?"

„Das nicht — aber ich bin die Freiheit gewöhnt, wie meine Brüder. — Indessen, aus Dankbarkeit gegen dich, Herr, nehme ich dein Anerbieten an, wenn du mich brauchen kannst."

„Du hast Proben deiner Brauchbarkeit gegeben. Folge mir nur sogleich nach Mosdok."

„Dann müssen wir eilen. Der Morgen wird bald anbrechen und unser Weg ist weit. Es wäre gefährlich, wenn uns Kaukasier auf dem Rückwege bemerkten. Sie würden sogleich Verdacht schöpfen."

Schon warf die Sonne ihre Strahlenbündel über die Bergkuppen, als die beiden wohlbehalten in der Festung eintrafen. Hier war man um den Kommandanten bereits besorgt, da von seinem nächtlichen Ausgange niemand eine Ahnung hatte.

Wladimir ließ dem Lase ein Zimmer im Dienstgebäude anweisen und gab gleichzeitig Befehl, für dessen gute Verpflegung Sorge zu tragen.

Dann warf er sich ermüdet auf sein Lager und schlief einige Stunden.

Im Laufe des Vormittags herrschte innerhalb der Festungswerke eine geheimnisvolle Tätigkeit. Aber nur wenige wußten, um was es sich handelte.

Wladimir hatte sich mit dem Ingenieur-Offizier, welcher die kleine Pionier-Abteilung befehligte, in Verbindung gesetzt. Eine Anzahl zuverlässiger Mannschaften ging sofort ans Werk. Die von den Kaukasiern gelegten Minen waren bald aufgestöbert und unschädlich gemacht. Man fand auch mehrere Fäßchen Pulver vor, welche der Kommandant ohne Aufsehen in einen versteckten Schuppen bringen und dort auf einem bereit stehenden Wagen sorgfältig zwischen Stroh verpacken ließ.

Eine Stunde später rasselte der Wagen in rasender Eile von Mosdok auf dem durch eine Talebene sich hinziehenden Wege in der Richtung nach dem Kötjödof dahin. Mehrere als tatarische Hirten verkleidete Kosaken begleiteten das Gefährt. Allerdings war auf dem ersten Teil des Weges die Gegend, durch welche die Kolonne kam, von Hirten und Landleuten bewohnt, doch konnte Atalin, der ebenfalls in einer Verkleidung steckte und dem Zuge als Führer beigegeben war, warnehmen, daß keiner der Gebirgsbewohner der Kolonne eine besondere Aufmerksamkeit schenkte.

Wladimir sah dem Zuge nach, bis derselbe hinter einer Anhöhe verschwunden war.

Dann beschäftigte er sich damit, einige Briefe zu schreiben und in kurzen Worten seinen letzten Willen aufzusetzen. War es doch höchst fraglich, ob er aus dem ungleichen Kampfe, den sein gefährlicher Plan zur Voraussetzung hatte, als Sieger hervorgehen würde.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Steuer auf die Preisbildung einwirke. Er verstehe, daß der Finanzminister Bedenken trage, das Gebiet einer Anlehenspolitik zu betreten; doch dürfe man nicht vergessen, daß heute vielfach neue Bahnen gewandelt werde und daß auf diesen Bahnen die Städte zu glücklicher Entwicklung gelangt seien.

Die Anlehenspolitik der Städte stehe aber auch gar nicht so sehr im Widerspruch zu den Ausführungen des Finanzministers, der zugegeben, daß rentable Kapitalausgaben auf Anlehen genommen werden können. Er sei der Meinung, daß bei in absehbarer Zeit nicht wiederkehrenden Ausgaben für kulturelle Zwecke, wie die Rheinregulierung, eine Anlehenspolitik mit starker Amortisation nicht zurückzuweisen sei. Die ausgleichende Gerechtigkeit erfordere eine befürwortende Anerkennung der Anlehenspolitik unter scharfer Einhaltung einer gesunden Amortisation. Dies sei seine persönliche Anschauung.

Nächste Sitzung Samstag 9 Uhr. Fortsetzung.

Badische Politik.

Politische Armenunterstützung.

Ein Zentrumsblatt, die Konstanzer Nachrichten, schreibt über die Nachwahl in Meßkirch-Stockach:

Erstens war die liberale Partei auf die Armenunterstützung der Sozialdemokratie angewiesen, wenn sie überhaupt auf einen Sieg hoffen wollte und das Wahlresultat hat ja gezeigt, daß es einfach ohne diese nicht „gelangt" hätte. Ich nenne sie eine Armenunterstützung, weil die Partei mit jener nun historisch gewordenen „glänzenden Vergangenheit", jene Partei, die einst die Hand zur Schmiedung der Sozialistengesetze gereicht hat, und zur gewaltsamen Unterdrückung der Sozialdemokraten in vorderster Reihe gestanden war, nun offiziell um Generalpardon bei dieser Partei eingekommen ist, ja eine Kraftanleihe, einen Lebensversicherungskredit bei ihr erstanden hat. Denn ohne diese Anleihe wäre die liberale Partei mausetot gewesen und zwar nicht bloß in unserem Bezirk allein, sondern auch anderwärts. Wenn nun ein Abgeordneter auf diesem bei den Liberalen nicht mehr ungewöhnlichen Wege in die Kammer kommt, so ist das wahrlich der Armenweg.

Folgt man der staunenden Logik des Zentrumsorgans, dann hat fast die Hälfte der bayrischen Zentrumsabgeordneten diesen Armenweg vor dem Blockbündnis in Baden beschritten!

Der Eisenbahnrat und die Personentarifreform.

Nachträglich müssen wir Notiz nehmen von der Sitzung des badischen Eisenbahnrats vom 23. Febr. Minister Freiherr v. Marschall führte aus, die Bewegung für eine Reform der deutschen Personentarife habe bereits eine Geschichte von mehr als 15 Jahren. In bezug auf die Herabsetzung der Tarife sei seit der Reichsgründung vieles geschehen, nicht zum wenigsten von Baden. Die auf Vereinheitlichung der Tarife gerichteten Bestrebungen seien u. a. durch die Tatsache ungünstig beeinflußt worden, daß der beabsichtigten Betriebsmittelgemeinschaft zurzeit, wie es scheine, unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenständen. Die Regierung glaube deshalb, die Annahme des bayrischen Vorschlags — Nichteinführung der 4. Klasse und Gewährung des Satzes von 2 Pf. für die 3. Klasse in den Personenzügen — empfehlen zu sollen. Damit sei für Baden eine zunächst mit erheblichen Einnahmeausfällen verbundene allgemeine Verbilligung des Tarifs unter beträchtlicher Entlastung gerade der schwächsten Schultern verbunden. Ministerialdirektor Schulz gab eingehende Erläuterungen zur Denkschrift.

Der Eisenbahnrat stimmte, wie bereits gemeldet, den Reformvorschlägen einmütig zu.

Gegen die Schwarzwälder Zeitung

wird nun doch verhandelt. Die Strafkammer in Waldshut hat beschlossen, der Klage der 22 katholischen Geistlichen gegen den Redakteur Mößner in Bonndorf stattzugeben. Der Prozeß dürfte den Bonndorfer Wahlkampf noch einmal gründlich aufrühren.

Zentrumsfanatismus.

Man schreibt uns aus Triberg: Inwieweit der Fanatismus gewisser Zentrumsleute geht, zeigt folgendes Beispiel. Hier wurde seitens der Schulkinder ein Fastnachtszug, der eine schwarzwälder Bauernhochzeit darstellte, veranstaltet. Einen Imbiß usw. erhielten die Kinder im Hotel „Post". Dies veranlaßte manche Eltern, wie eingangs erwähnt, ihre Kinder an der genannten Unterhaltung nicht teilnehmen zu lassen. Nur aus dem Grunde, weil anläßlich der Landtagswahl das Zentrum mit einer Wahlversammlung im genannten Lokale Fiasko machte und die Schuld daran dem betr. Wirte zuschob.

Glossen zur Berichtigung des Herrn Müßle.

Man schreibt uns:

1. Wahr ist, daß Herr Müßle bei der Predigt einmal die Anwesenden mit „Meine Herren" angeredet hat, ein andermal die Worte gebraucht hat: „Ist vielleicht jemand hier, der gegen dieses Beispiel was einzuwenden hat?"

2. Wahr ist, daß Pfarrverweser Müßle in der Christenlehre zu den Kindern gesagt hat: „Bebel ist in Freiburg im Gesellenverein gewesen, ist früher viel in die Kirche gegangen, hat bei den Schwestern gegessen und jetzt ist er der ärgste Sozialdemokrat."

3. Wahr ist, daß Pfarrverweser Müßle bei der Hundsdebatte gesagt hat: „Wer dem Gemeinderat Hermann Reiling nochmals seine Stimme gibt, ist ein Simpel." Ferner hat Müßle die Ausdrücke gebraucht: Dummer Kerl, grober Kerl, alter Lump usw.

Das sind alles Tatsachen, über die alle Berichtigungen nicht hinweghelfen.

Die Schwarzwälder Handelskammer hat eine Eingabe gegen die geplanten Verkehrssteuern an den Reichstag gerichtet.

Deutsche Politik.

Die Hunger-Gesetze,

der Zolltarif und die auf Grund desselben abgeschlossenen Handelsverträge sind gestern, 1. März, in Kraft getreten.

Eine Würdigung dieser Erfolge Bülow'scher Politik müssen wir in Rücksicht auf den knappen Raum dieser Nummer auf morgen vertagen.

Von der Krüppelsteuer

will selbst das Hauptorgan der Junker, die Kreuzzeitung, nichts wissen. Das Blatt äußert sich:

„Bei armen Leuten wirkt sie als eine Kopfsteuer, die in unsere Kulturverhältnisse doch wahrlich nicht mehr paßt. Die große Mehrheit unserer Soldaten hat ferner durch den Dienst bei der Fahne außer der Ehre auch so viel Vorteile wirtschaftlicher, gesundheitlicher und erzieblicher Art, daß es uns nicht gerecht erscheinen will, die Untauglichen noch dafür bezahlen zu lassen, daß ihnen diese Ehre und diese Vorteile entgehen. Wo aber der Militärdienst wirklich ein pekuniäres Opfer bedeutet, also im Mittelstande, da trifft die Steuer den Vater militärpflichtiger Söhne doppelt schwer; den einen Sohn muß er ein Jahr beim Militär unterhalten, für den andern, der körperlich schwach und ein besonderer Gegenstand der Sorge ist, muß er Wehrsteuer bezahlen. Der kinderlose Vater dagegen kennt derartige Ausgaben nicht."

Hinzuzufügen wäre noch, daß ganz dasselbe auf die proletarischen Väter zutrifft. Auch die Kreuzzeitung könnte wissen, daß jeder Soldat bei dem magern Traktament, das er vom Staate bekommt, auf Zuschuß von daheim angewiesen ist. Nicht nur die einjährigen, auch die zweijährigen Soldaten kosten ihren Eltern fortgesetzt Geld. Eine Wehrsteuer träfe unter gleichen Umständen den proletarischen Vater also verhältnismäßig nicht weniger, sondern wahrscheinlich noch schwerer.

Man denke nur an die schändlich schlecht bezahlten Heimarbeiter des Erzgebirges, Schlesiens, Thüringens, des Schwarzwaldes usw., wenn sie aus ihrem unzureichenden Einkommen neben den üblichen Steuern auch noch eine Wehrsteuer bezahlen sollten! Die Herren in der Steuerkommission, die die Steuer beschlossen, müssen doch gar keinen Dunst von den Lebensverhältnissen der breiten Volksmassen haben.

Die Versammlungsverbote

hat der Weimarische Minister Dr. Rothe im Landtag als wertlos gegenüber der Sozialdemokratie hingestellt; er hat zugegeben, daß damit unserer Partei nur neues Agitationsmaterial gegeben wird. Aber das hat ihn nicht abgehalten, seinen Einfluß in dieser Richtung gegen seinen Kollegen v. Wurmb, zu dessen Ressort diese Polizeitaktik gehört, geltend zu machen.

Er möchte gleich dem Minister eines gewissen anderen Musterlandes und der Musterrede eines größeren Kollegen, daß sich **alle bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zusammenscharen** und zur Regierung halten. Daß die Weisheit der deutschen Regierungen selbst uns Wasser auf die Mühle treibt, wollen die Exzellenzen natürlich nicht einsehen.

Kleines Feuilleton.

Ein amüsantes Malheur passierte einem Bürgermeister der Oberpfalz. Der ehrsame Bürgermeister und Kirchenpfleger von W. schnitt sich beim Rasieren in die Nase und verlangte von seiner Frau kategorisch „a Heftpflaster". Diese verwies ihn auf den Nähkorb, der das blutstillende Mittel enthalte, und mahnte zum schleunigen Kirchgang. Mit beklebter Nase eilte der aufgeregte Bürgermeister in den Gottesdienst, den bald ein freches Gassen und ein schadenfrohes Kichern störte. Der hohe Würdenträger des Städtchens fragte auf dem Heimwege nach der Ursache der allgemeinen Heiterkeit und erfuhr zu seiner größten Verwunderung, daß er auf dem Gesichtsvorsprung die Etikette eines Garnröllchens mit der Aufschrift trug: „Garantiert 100 Meter lang!"

Viel belacht wird in Deggendorf i. B. nachstehender Vorfall: Zwei Herren gingen vom Veteranenball weg direkt zur Frühmesse, woselbst sie infolge Ermüdung einschliefen. Plötzlich erwachte der eine und rief in schlaftrunkenem Zustande seinem Nachbar zu: „S..., trink aus, dann gengma hoam!"

Die Haarkrankheit. In Basel tritt in einer Schule eine eigentümliche Haarkrankheit auf. Sie beruht auf einer Pilzwucherung im Haarboden und ist übertragbar. Auf dem Kopf bilden sich zuerst kleine, dem ungeübten Auge anfänglich kaum bemerkbare Flecke, an denen die Haare abbrechen oder ausfallen. Die Krankheit ist schmerzlos; auch wachsen die Haare wieder nach. Bis jetzt sind über 50 Fälle dieser Krankheit konstatiert. Die bisher eingeleiteten Schritte zu ihrer Beseitigung hatten nur wenig Erfolg. Die Erziehungs- und Sanitätsbehörden haben, gestützt auf Gutachten von Professor His und Dr. Buri, die umfassendsten Maßregeln getroffen, damit die weitere Ausbreitung verhindert wird und die Betroffenen gleich im Anfangsstadium der Krankheit in ärztliche Behandlung kommen.

Der falsche Prinz von Battenberg. Als ein würdiger Nachfolger des „Fürsten der Diebe" erscheint ein soeben in Valencia hinter Schloß und Riegel gesetzter junger Mann, der monatelang die vornehmsten Kreise an der Nase herumgeführt und gebrandschatzt hat, indem er sich — die bevorstehende Heirat des Königs Alfons geschickt ausnutzend — bald für einen Hofbeamten Eduards VII., bald für einen Freund oder nahen Verwandten der Familie Battenberg, bald selbst für einen Prinzen von Battenberg ausgab. Und überall fand er damit Glauben — und Kredit. Ein gefälschter, von Lord Lansdowne angeblich unterschriebener Paß öffnete ihm jede Tür, und noch besser diente ihm ein erschlichenes Empfehlungsschreiben des Oberkommandierenden der Zivilgarde, das heißt der Gendarmerie, das ihn in Stand setzte, seine Beutezüge unter deren unmittelbarem Schutze zu unternehmen, da die Offiziere der Zivilgarde es sich zur Ehre anrechneten, über die Sicherheit des „destinguierten Fremden" zu wachen. So wies ihn ein Distriktskommandant der Zivilgarde an den anderen, — und so sind sie jetzt sämtlich unter den Leidtragenden, da der falsche Prinz sie unter Hinweis auf die schwierige Einlösung seiner Schecks und hohen ausländischen Banknoten stets mit Erfolg um ein Darlehen ersuchte. Er ließ sich in den Palästen der Granden feiern, er ging in den exklusivsten Klubs aus und ein, er hatte galante Abenteuer, die seinen Ruf steigerten.

Den Höhepunkt sozusagen seiner Karriere erreichte er aber, als der Kardinal-Erzbischof von Toledo, der Primas von Spanien, ihn tagelang als seinen Gast unter seinem Dache aufnahm, nachdem er sich als ein Neffe des Erzbischofs von Dublin bei ihm eingeführt hatte. Als schließlich das ganze Kartenhaus seines Schwindels zusammenbrach und der Pseudoprinz verhaftet werden sollte, drohte er mit politischen Verwicklungen und kündigte an, eine englische Flotte würde alsbald vor Valencia erscheinen und die Stadt in Asche verwandeln, wenn man es wagte, Hand an seine Person zu legen. Das geschah aber trotzdem, und der „Prinz von Battenberg" entpuppte sich — als ein Handlungsgehilfe aus Gibraltar — der neun lebende Sprachen spricht, sonst aber ein gänzlich verkommenes Subjekt ist.

Und was die Hauptsache ist: Die Welt des Geldsacks, der Titel und Orden kennt für den sittlichen Wert des Menschen keinen andern Maßstab wie ihre „Ideale" und deswegen wird sie immer wieder betrogen werden.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Neue Gesellschaft (9. Heft): Glossen. — Adolf Braun: Die neue Aera. — August Müller: Sprechende Zahlen. — Georg Zepler: Segen der Arbeit.

Spielplan des Großh. Hoftheaters.

Samstag, 8. März. B. 47. **Demetrius**, eine Tragödie in einem Vorspiel und 4 Akten. Das Schillersche Fragment für die deutsche Bühne bearbeitet und ergänzt von Franz Kaibel. Anfang ½7 Uhr, Ende ½10 Uhr.

Sonntag, 4. März. C. 48. **Tannhäuser oder Der Sängerkrieg auf Wartburg** in 3 Akten von Richard Wagner. Tannhäuser: Desidor Matray vom Stadttheater in Breslau als Gast. Anfang 6 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Aus den Geheimnissen des Eisenbahnwesens.

g. Vor der Strafkammer in Schweinfurt standen der Rangierleiter Geißelhörner und der Schnellzugführer Unrein unter der Anklage, einen Eisenbahnunfall verschuldet zu haben. Am 3. Juli v. J. sollte im dortigen Bahnhofe ein niederländischer Wagen Kissingen—Amsterdam in den Schnellzug eingestellt werden. An dem Wagen funktionierte die Bremse nicht, außerdem war die Vorrichtung zur Handhabung der Notbremse anders angebracht als an den andern Wagen. Da nicht nachgesehen wurde, fuhr der Wagen mit voller Wucht auf den Zug auf, wobei 7 Passagiere, teils schwer, verletzt wurden. An diesem Unfall sollen die beiden Angeklagten schuld sein, da sie Dienstvorschriften nicht befolgt haben.

In der Verhandlung stellte es sich heraus, daß es mit diesen Vorschriften so eine eigene Sache ist. Wenn sie genau befolgt werden, so ist die Einhaltung des Verkehrs geradezu unmöglich, weil es an Personal mangelt. Die als Zeugen vernommenen Eisenbahnbeamten bekundeten, daß die Vorschriften überhaupt nicht eingehalten werden, der Oberexpeditor einer anderen Station erklärte, wegen des starken Verkehrs sei es ihm unmöglich, sich nach den Vorschriften zu richten. Der Aufsichtsbehörde ist es sehr wohl bekannt, daß die Vorschriften nicht beachtet werden, aber sie ist noch nie eingeschritten. Wenn ein Unglück passiert, wird irgend ein untergeordneter Bediensteter gefaßt und als Sündenbock vor Gericht geschleppt. Dann darf er für die Sünden des ganzen Systems büßen. Man weiß oben ganz genau, daß bei dem jetzigen Personalstand die Sicherheitsvorschriften einfach ignoriert werden müssen, aber trotzdem bemüht man sich oben fortgesetzt, am Personal zu sparen und dem vorhandenen Personal neue Dienste aufzubürden.

Das Gericht verurteilte Geißelhörner zu einer Woche Gefängnis, Unrein zu 40 Mark Geldstrafe; im Urteil heißt es, es sei festgestellt, daß die Aufsichtsbehörde die steten Uebertretungen geduldet habe, doch seien die Angeklagten dadurch noch nicht von der Verpflichtung, die Dienstvorschriften einzuhalten, entbunden gewesen.

Die bayerischen Abgeordneten

des Landtags haben die Etatspositionen für Erbauung und Einrichtung eines Arbeiterwohlfahrtsmuseums genehmigt und eine Petition der Kommission für Arbeiterhygiene und Statistik der Abteilung für freie Aerztewahl des ärztlichen Bezirksvereins München betr. die Erwerbung der hier im vergangenen Jahre geöffnet gewesenen Ausstellung für Volkskrankheiten und ihre Bekämpfung und deren Angliederung an das zu erbauende Museum für Arbeiterwohlfahrt der Regierung zur Würdigung überwiesen.

Notiztafel. Der oberbayerische Bund der Landwirte hat beschlossen, in die nächsten Landtagswahlen selbständig und ohne Rücksicht auf andere Parteien einzutreten.

Ausland.

Allgemeines.

Frankreich. In der Deputiertenkammer erklärte gestern bei Beratung des Kriegsbudgets der Radikale Messimy, ein Land mit 40 Millionen Einwohnern, wie Frankreich, dürfe nicht Deutschland mit seinen 60 Millionen auf dem Wege der immer zunehmenden Militärlasten folgen. Berichterstatter Klotz stellte fest, das Parlament sei bereit, eine weitere Entwicklung der Armee zu beschleunigen. Der Sozialdemokrat Vaillant erklärte, **zur Aufrechterhaltung des Friedens könne seitens Frankreich nie weit genug gegangen werden.** Klotz erwiderte, der Friede dürfe nicht um den Preis der nationalen Würde gewahrt werden. Vaillant betonte, die Sozialisten hätten den Frieden gesichert sowohl während des russisch-japanischen Krieges als auch jetzt. Klotz erwiderte, **auch seine Freunde wollten den Frieden,** aber um ihn zu haben, müsse man kriegsbereit sein.

England. Die Burenrepubliken liegen den Engländern noch immer gewaltig im Magen, und auch die neue liberale Regierung wird davon noch manche Beschwerden haben. Im Oberhause warnte gelegentlich der Adreßdebatte Lord Milner davor, den Burenrepubliken selbständige Verwaltung zu gewähren. Besonders in den Orangekolonien würde die größte Mehrheit der Ersten Kammer den Buren angehören, diese werden alle früheren Maßnahmen der Regierung umstoßen und sich der britischen Ansiedler entledigen. Dazu der bemerkenswerte Satz: „Die britischen Beamten hätten erklärt, **daß Südafrika, wenn es einmal verloren würde, für immer verloren wäre.**" Die Liberalen scheinen bereits Wasser in ihren Wein gegossen zu haben, der Kolonialsekretär Earl of Elgin sprach beruhigend von der langen Zeit, die die Aufstellung der Verfassungen in Südafrika kosten werde.

Rumänien. Die Hafenstadt Galatz an der Donau, eine Stadt von etwa 65 000 Einwohnern, hat eine Polizei, die wert wäre, zum Gegenstand einer lustigen Oper gemacht zu werden. Dabei ist diese Polizeigeschichte verteufelt ernst, wie ja überhaupt überall die Polizei als mehr oder minder schmerzhaftes Hühnerauge empfunden wird. Aber die Geschichte von Galatz hat nun einmal einen operettenhaften Einschlag. Seit einem Jahre wurden im Donauhafen und in den Kaimagazinen die zur Verladung bestimmten Waren geplündert, ohne daß die Diebe entdeckt wurden. Vor einigen Tagen zeigte ein Bankier einen Diebstahl an und bezifferte seinen Schaden auf 20 000 Franks in Bargeld und Wertpapieren. Auf die Anzeige hin, die gleichzeitig an die Staatsanwaltschaft und an die Polizei gelangte, ließ sich der Polizeichef den Führer der Einbrecherbande holen und verlangte von ihm Ablieferung der halben Beute im Betrage von 10 000 Frs., wie dies schon in wiederholten Fällen geschehen war. Der Einbrecher wendete ein, daß der Bankier seinen Schaden zu hoch angegeben hatte. Die Beute sei viel kleiner gewesen. Daraufhin ließ ihn der Polizeichef in Arrest setzen. Nach achtundvierzig Stunden fragte er ihn, ob er jetzt die 10 000 Franks ausliefern wolle. Inzwischen war zur Aufdeckung des Verbrechens nichts geschehen. Um loszukommen, beschaffte sich der Einbrecher die 10 000 Franks, wurde enthaftet und ging stracks zur Staatsanwaltschaft, der er das ganze Verhältnis denunzierte. Der Oberstaatsanwalt requirierte Militär und ließ zuerst den Polizeichef und dann die ganze Polizeimannschaft festnehmen, wobei sich die Machenschaften der Polizei offenbarten. Die Getreidehändler und Magazinsbesitzer haben aus eigenen Mitteln eine Polizei zum Zwecke der Hafenbewachung organisiert.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Belgien. In Verviers ist ein Konflikt in den Webereien ausgebrochen. In einer Fabrik sollte eine Arbeiterin entlassen werden, die stark für die Organisation agitierte, worauf sämtliche Arbeiter der Fabrik streikten. Als Antwort haben 41 Fabriken ihre Arbeiter ausgeschlossen. Mehrere tausend Arbeiter sind davon betroffen.

Nordamerika. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, hat an den Präsidenten der Bergarbeitervereinigung, Mitchel, ein Schreiben gerichtet, in welchem es heißt, ein Ausstand der Bergarbeiter, wie er angekündigt sei, würde den allgemeinen Frieden und die Wohlfahrt des Landes bedrohen. Es wäre notwendig, weitere Anstrengungen zu machen, um ein solches Unglück zu verhüten. Infolgedessen wurde eine neue Versammlung der vereinigten Minenarbeiter für den 15. März einberufen, um die Herbeiführung einer Einigung mit den Arbeitern der Weichkohlenbergwerke zu versuchen.

Badische Chronik.

Pforzheim.

1. März.

a. Die allgemeine Pforzheimer Ortskrankenkasse hat am Montag, den 5. März, Neuwahlen für die Vertreter der Generalversammlung. Die Wahlzeit ist auf die Stunden von mittags 12 bis abends 8 Uhr ausgedehnt. Das zentral gelegene Wahllokal befindet sich im **Gasthaus zum „Römischen Kaiser".**

Diese Wahl muß die organisierte Arbeiterschaft zu ganz besonderem Eifer anspornen. Dieses Mal gilt es, den Ansturm der „christlich" Organisierten abzuschlagen. Schon seit Jahren ist die Wahlbeteiligung eine sehr geringe gewesen. Auf dieser Tatsache fußend, beabsichtigen die „Christlichen" einen Ueberrumpelungsversuch. Ihr Plan wird auch zweifellos gelingen, wenn nur einige Hundert Kassenmitglieder von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Das Gewerkschaftskartell hat die Wahlvorbereitungen getroffen und die Vorschläge für die Vertreter zur Generalversammlung zusammengestellt. Es ist Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters, selbst zu wählen und seine Arbeitskollegen aufzufordern. Namentlich müssen die Bijouteriearbeiter ihre Frauen auffordern, zur Wahl zu gehen. Die Zahl der Abstimmenden muß gegenüber früheren Jahren mindestens viermal so stark werden, wenn wir mit Ehren Sieger bleiben wollen.

Der Kassenvorstand und die Generalversammlungen haben im letzten Jahrzehnt viele Verbesserungen und Erweiterungen der Kassenleistungen durchgeführt. Die Pforzheimer Ortskrankenkasse, die jetzt 26 000 Mitglieder zählt, gehört zu den am besten geleiteten badischen Kassen. Diese bekannte Tatsache ist schon von der Ministerbank des badischen Landtags anerkannt worden. Die „sozialdemokratische Verhetzungsarbeit", die nur zum Schaden der Arbeiter ist, sehen wir deutlich an der zu einer Musterinstitution gewordenen Ortskrankenkasse. Früher, als die „sozialdemokratische Verseuchung" noch nicht alles durchdrungen hatte, war auch im Vorstand und den Generalversammlungen der Ortskrankenkasse vieles anders. Wie der anläßlich des 20jährigen Bestehens der Kasse herausgegebene Spezialbericht beweist, waren die Generalversammlungen oft jämmerlich besucht, Sitzungen des Kassenvorstandes mußten mitunter drei- und viermal angesetzt werden, bis sich genügend Vertreter fanden, damit Beschlüsse gefaßt werden konnten. Auch die Wahlen zur Generalversammlung wiesen nach diesem Bericht wiederholt eine außerordentlich schwache Beteiligung auf. Das war die Betätigung, als noch keine sozialdemokratischen Arbeiter in den Verwaltungskörpern der Kasse zu schaffen hatten. In der Fabrikstadt Pforzheim darf die Wahl nicht wie in Offenburg ausfallen. Die Arbeiter müssen sich den brillanten Sieg der Freiburger Arbeiterschaft, die den starken Gegner tapfer bezwungen hat, zum Vorbild nehmen. **Auf Freiburg Pforzheim.**

Wir richten den dringenden Appell an die Arbeiterschaft, die wenigen Tage vor der Wahl fest und gründlich zu agitieren. Der kommende Montag muß den organisierten Arbeitern den Sieg bringen. Ihn zu erkämpfen ist leicht, wenn alle zur Wahlurne gehen.

— Die Gesamtsumme der Liegenschaftsverkäufe auf der Gemarkung Pforzheim vom 19. bis 24. Febr. beträgt 567 593,50 Mk.

— Die am Montag den 5. März stattfindende Bürgerausschußsitzung hat folgende Tagesordnung: 1. Herstellung eines Waldweges im Stadtwald. 2. Durchführung des Beizugsverfahrens für die Kanalisierung des Häldenwegs, der Gabelsberger-, Seeberg- und Calwerstraße. 3. Korrektion der Gartenstraße zwischen östlicher Karl-Friedrichstraße und Gymnasiumstraße. 4. Herstellung eines Flutkanals und Schmutzwasserdohlens durch das Gebiet des städtischen Gaswerks. 5. Vermietung und Verpachtung ohne öffentliche Versteigerung. 6. Revision der Dienst- und Gehaltsordnung für die Beamten der Stadt Pforzheim, sowie Regulierung der Gehaltsverhältnisse verschiedener städtischer Beamten. 7. Ablösung der Wasserkraft am unteren Hammer von Bankvorstand August Kayser. 8 Geländeaustausch mit Bankvorstand August Kayser. 9. Bestellung eines Vorstandes für das städtische Hochbauamt.

— Die Landesversammlung der Jungliberalen Vereine Badens findet am 10. und 11. März in Pforzheim statt. Am Samstag Nachmittag 5 Uhr findet im Kaiserhof eine Vorstandssitzung, am Sonntag Vormittag ¾11 Uhr im Schwarzen Adler die Hauptversammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Beratungsgegenstände: Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Gemeindewahlrecht (Kaufmann Kölsch, Karlsruhe), Verfassung der Städte (Oberamtsrichter Dr. Koch, Mannheim), Der Gesetzentwurf über die Aenderung des Elementarunterrichtsgesetzes (Rechtsanwalt Frey, Karlsruhe), Die Eisenbahntarifreform (Redakteur Christmann, Mannheim), Aenderung der Satzungen, Kassenbericht, Neuwahlen. Die Versammlung ist öffentlich.

Freiburg.

1. März.

— Zur Kündigung der Mälzer bei Ganter. Die 8 Mälzer hatten das Kriminalverbrechen begangen, am Montag Nachmittag (Fastnachtmontag) von der Arbeit fernzubleiben. Wir sind weit davon entfernt, das gewohnheitsmäßige „Blaumachen" zu entschuldigen! Doch hier liegt die Sache wesentlich anders. Am Montag ruhte nahezu der ganze Betrieb, nur in der Mälzerei mußte unbedingt gearbeitet werden, und zwar aus Gründen, die nicht ohne weiteres ersichtlich waren. Für in die Verhältnisse der Brauerei Eingeweihte lag die Sache zwar sehr klar. Der Obermälzer Weiß, gleichzeitig auch Vorsitzender der Bundesbrüder, sah schon längere Zeit mit scheelen Blicken, daß sich die Arbeiter, sowohl Brauer als Mälzer, dem Deutschen Brauerverbande anschlossen. Solche Sachen kann man ja nicht hindern, wenn man auch noch so gerne möchte. An kleinlichen Chikanierereien fehlte es zwar nicht, aber zu einer großen Leistung bot sich leider keine Gelegen-

1-2. Diese fand sich aber, als die Arbeiter am Fastnachtmontag Nachmittag auch wie die übrigen Arbeiter von der Arbeit fernblieben. An diesem Tage lief ja ganz Freiburg dem Prinzen Karneval nach. Am Dienstag Morgen, als die Mälzer sich wieder zur Arbeit stellten, wurde denselben mitgeteilt, daß ihre Plätze schon anderweitig besetzt seien. Vielleicht hatte man schon einige Bundesmitglieder vorher auf Lager, um diese bei der ersten sich bietenden Gelegenheit ins gemachte Nest zu setzen.

Der Herr Obermälzer hat hier der Brauerei wirklich einen kostbaren Dienst erwiesen, vorausgesetzt, daß nicht das dickste Ende noch aussteht. Der Herr Obermälzer hat allem Anschein nach den Zivilversorgungsschein, unterschrieben von der Brauerei Ganter, schon im Sack.

Wir hatten schon wiederholt Gelegenheit, zu beobachten, wie der Herr Braumeister Faller solche edle Seelen zu gebrauchen versteht, nur kam man nicht gleich dahinter, zu welchem Zweck. Es ist nicht gerade schwer, selbst als honetter Arbeitgeber zu erscheinen, wenn man sich nicht zu gut dafür hält, sich von gewissen Leuten alles zutragen zu lassen.

Das Produkt der Brauerei Ganter gehört mit zu dem köstlichsten, was in Freiburg gebraut wird. Infolgedessen wird es ja auch vorwiegend von der Arbeiterschaft konsumiert. Vielleicht überlegt es sich die hiesige Arbeiterschaft, ob es ihr in Zukunft auch noch geraten erscheint, die Brauerei um ihren Stoff zu bringen. Dann dürfte man wohl an die Adresse des Herrn Weiß verweisen, der außer arbeitswilligen Mälzern auch Biertrinker zu beschaffen hätte. Ob er darin gleich leistungsfähig sein wird? Wir kommen noch darauf zurück.

— Eines der größten Hindernisse für die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation in den Großbetrieben ist die Meinung vieler Arbeiter, sie hätten Lebensstellung und brauchten deshalb die Organisation nicht. Sie begnügen sich mit einem geringen Lohn in der Hoffnung auf Altersversorgung.

Wie es aber damit steht, mußte kürzlich auch ein Arbeiter in der Orchestrionfabrik von Welte Söhne erfahren. Nach 15jähriger Tätigkeit wurde der Mann wegen ganz geringfügiger Ursache plötzlich entlassen. Am meisten bedauerlich ist, daß auch Nebenarbeiter schuld an der Entlassung des alten Mannes sind. Andere mögen sich die Sache zur Lehre nehmen und sich gewerkschaftlich organisieren, um für die Zeit der vollen Arbeitskraft einen richtigen Lohn zu erringen; denn Dank gibt es in den seltensten Fällen.

— Heute (Freitag) Abend findet im oberen Storchensaal eine Versammlung der Gartenstadtgesellschaft statt. Wir empfehlen den Genossen, die Versammlung zahlreich zu besuchen. Der Vortrag wird durch Lichtbilder erläutert. Eintritt frei.

Heidelberg, 28 Febr. Eine heitere Episode spielte sich am Dienstag zwischen 12 und 1 Uhr vor dem Eingang der hiesigen Universität ab. Stand da ein junger Mann, welcher einen Aufruf der Leipziger Studenten, betr. die Schulfragen in Preußen, daselbst verbreitete. Die Herren Studierenden nahmen auch ganz freundlich von dem Verbreiter die angebotenen Exemplare ab. Bald sollte aber dieser harmlose Vorgang ganz schrecklich zerstört werden durch das Nahen des „Universitätsgewaltigen", des Dieners nämlich. Dieser ließ sich zwei Exemplare geben, verschwand in der Universität und holte dort wahrscheinlich höheren Rat ein. Nach einer kleinen Weile kam er in gewaltiger Aufregung zurück und schrie den Verbreiter mit einem Donnertone an, derselbe solle so schnell wie möglich vom Eingang verschwinden, da die Herren Studenten durch die Verbreitung sich belästigt fühlen.

Der Verbreiter, seiner harmlosen Beschäftigung bewußt, machte dem Herrn Universitätsdiener klar, daß dieser, wenn er mit ihm sprechen wolle, sich einer besseren Tonart befleißigen möge. (Studium von Knigges Umgang mit Menschen würde nichts schaden.) Nun krönte der Gewaltige sein Werk, indem er in großen Sprüngen nach einem Schutzmann rannte und nach Auffindung eines solchen voll befriedigten Tatendranges zu dem Verbreiter eilte, um dieses aufschreiben zu lassen.

Während dieses Vorganges hatte sich eine Anzahl Neugieriger herangedrängt: die Aufrufe wurden von dem Verbreiter stürmisch verlangt, in der Meinung, daß etwas ganz Schreckliches darin stehe. Der Herr Allgewaltige wollte offenbar die Universität vor Unglück behüten, nun hat er durch seine rasche Tat erst recht die Aufmerksamkeit der Studenten wachgerufen, wofür ihm die Leipziger sicher großen Dank schulden.

Offenburg, 2. März. Heute starb dahier die älteste Bürgerin Offenburgs Frl. Elisabetha Kleindienst im Alter von 91 Jahren.

Lörrach, 27. Febr. Der Jahresbericht pro 1905 der hiesigen allgemeinen Arbeitsnachweisanstalt ist erschienen. Die Frequenz derselben ist im Berichtsjahr gegen das Vorjahr bedeutend gestiegen. Insgesamt wurde die Anstalt von 11 243 Personen benützt gegen 9 46 im Vorjahre. Hiervon waren 4266 (3417) Arbeitgeber und 6977 (6129) Arbeitnehmer. Männliche Arbeitskräfte wurden 3244 verlangt, während 6390 im Angebot standen, von welchen 1752 eingestellt wurden. Das Angebot überragte demnach die Nachfrage um fast 50 Proz., was zum größten Teil auf die Bauhandwerkerstreiks und Aussperrungen im benachbarten Basel zurückzuführen ist. Weibliche Arbeitskräfte wurden 1022 verlangt, 587 standen im Angebot und eingestellt wurden 476. In dieser Abteilung war das Verhältnis ein umgekehrtes. Die Nachfrage überragt das Angebot um 40 Proz.

Waldshut, 1. März. Die hiesige Strafkammer verurteilte einen Volksschüler, Sohn eines armen Dorfschuhmachers, wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu einem Jahr Gefängnis. Der noch nicht 14jährige war als Knecht bei einem Bauern verdingt, der ihn nicht gut behandelte. Der Junge entfloh, wurde aber vom Vater wieder hingeschafft. Er griff dann in seiner Verzweiflung zu dem Mittel, das Haus seines Dienstherrn anzustecken, was jedoch ohne großen Schaden noch gerettet werden konnte. Der Junge gestand die Tat unter Tränen. Die Frage, ob der Angeklagte die Erkenntnis der Strafbarkeit seiner Handlung besessen habe, wurde gutachtlich bejaht.

Das Tragische in dem Schicksal dieses bedauernswerten Jungen scheint den Richtern nicht voll zum Bewußtsein gekommen zu sein, sonst wären sie nicht so bedenklich über das im Gesetz vorgesehene Mindeststrafmaß von sechs Monaten hinausgegangen, bemerkt dazu sehr richtig die Frankfurter Zeitung.

Hochwasser.

Lenzkirch, 1. März. Der 8 Jahre alte Knabe Cäsar Kampagnin stürzte in den z. Z. angeschwollenen Hasenbach und ertrank.

Mannheim, 1. März. Der Rhein ist seit gestern um 147 Ctm., der Neckar um 151 Ctm. gestiegen. Pegelstand heute früh 508 bezw. 561 Ctm.

•

Auch aus vielen anderen Teilen des Reiches, vor allem aus der Rheingegend, werden Ueberschwemmungen gemeldet.

Aus der Partei.

Zur Wahl in Bretten.

Nur noch ein Tag trennt uns von der Wahl. Es ist deshalb Ehrenpflicht eines jeden Parteigenossen, dahin zu wirken, daß am Samstag die Schlappe von der letzten Wahl wieder ausgewetzt wird, daß wir mit einem Stimmenzuwachs, nicht mit einer Abnahme zu rechnen haben. Es werden dabei besonders die säumigen Wähler aufgefordern sein, daß sie ihrer Wahlpflicht genügen. Jeder Arbeiter muß im Verkehr mit seinen Nebenmitbürgern diesen aufklären, denn wer einen anderen als den sozialdemokratischen Stimmzettel abgibt, hat keine Berechtigung, sich über seine schlechten Lebensverhältnisse zu beklagen. Darum auf am Samstag und unseren Kandidaten Zischer gewählt. Es werden insbesondere die Brettener Genossen ersucht, sich am Samstag von 4 Uhr ab im Engel einzufinden. Also alle Mann an Bord und am Wahltag für unseren Kandidaten Zischer agitiert.

•

In Diedelsheim fand am letzten Montag im Grünen Hof eine Wahlversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Es referierte unser Kandidat Genosse Zischer. In der Diskussion zog ein liberaler Kleinmeister gehörig gegen die organisierten Arbeiter los. Wir wollen es ihm nicht wünschen, aber vielleicht ist er noch froh, mit organisierten Arbeitern schaffen zu können. Seinen Ausführungen setzte er jedoch die Krone auf, als er demonstrativ ein Hoch auf den Kaiser ausbrachte, dieses hat aber sehr kläglich ausgeklungen. Genosse Zischer führte ihn trefflich ab, so daß der gute Mann zufrieden sein konnte.

Am Mittwoch Abend fand in Bretten eine öffentliche Wählerversammlung statt. Es referierten die Genossen E. Eichhorn und Zischer. Ersterer legte in seinem vortrefflichen Referat den Standpunkt unserer Partei zu den bürgerlichen Parteien klar. Genosse Zischer ging darauf auf die Verhältnisse des Kreises ein und kritisierte das bisherige Verhalten der bürgerlichen Parteien im Landtag und Reichstag.

In der Diskussion meldete sich ein Herr Ettlinger zum Wort und ersuchte die Versammlung, seine, die liberale Partei bei der Stichwahl wieder zu unterstützen. Genosse Zischer forderte in seinem Schlußwort die Liberalen auf, auch ihr Wort betreffs der Gemeindewahlen zu halten. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen.

W. V. Daxlanden, 1. März. Am letzten Dienstag wurde unter überaus starker Beteiligung seitens hiesiger Vereine sowie einer Abordnung des Dachdeckerverbandes Karlsruhe unser bis zur letzten Stunde überzeugungstreuer Parteigenosse Friedrich Heß, Schieferdecker, zur letzten Ruhestätte begleitet. Zahlreiche Kranzspenden gaben Zeugnis, welcher hohen Wertschätzung sich der Verblichene durch sein unermüdliches Wirken und Schaffen erfreute. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren

Der sozialdem. Wahlverein Daxlanden

St. Georgen, 1. März. Es werden die Kreisvereine im 2. badischen Reichstagswahlkreis darauf aufmerksam gemacht, daß am 11. März auf Antrag des Landesvorstandes eine Kreiskonferenz in Hornberg stattfindet. Es soll auf dieser Konferenz auch ein neuer Vorort gewählt werden. Der Landesvorstand wird vertreten sein.

Der Kreisvertrauensmann.

E. Singen a. H., 1. März. Endlich soll der langgehegte Wunsch verschiedener Genossen, einen Arbeitergesangverein auch am hiesigen Ort ins Leben zu rufen, in Erfüllung gehen. Die nötigen Schritte hierzu wurden bereits getan, und bedarf es jetzt nur der kräftigen Unterstützung aller Freunde unserer Sache.

Am Sonntag, 4. März, nachmittags 2 Uhr, findet im Badischen Hof eine Versammlung in dieser Sache statt und werden die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Schopfheim, 2. März. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß kommenden Samstag, den 3. März, abends halb 9 Uhr, im Lokal zum Kranz unsere regelmäßige Mitgliederversammlung stattfindet, verbunden mit einem Rezitationsvortrag über Schopfheim während der Revolution im Jahre 1848/49. Hierzu sind auch die Volksfreundleser von Schopfheim und Fahrnau freundlichst eingeladen.

Auf der Tagesordnung befindet sich abermals: Wahl eines Kreisvertrauensmannes; Genosse **Forsthuber**, dem das Amt in der letzten Versammlung übertragen wurde, ist am letzten Samstag wegen seiner politischen Betätigung **gemaßregelt** worden. Er arbeitet seit beinahe Jahresfrist bei der Firma Fr. Brüderlin Söhne und hat während der letzten Landtagswahl im 13. Bezirk Schopfheim-Schönau den Wahlkampf geleitet. Hieran fand niemand etwas Anstößiges, wußte man ja doch nicht, ob man die verfluchten Roten bei der eventl. Stichwahl braucht oder nicht.

Nun ist das vorbei, jetzt kann reiner Tisch gemacht werden. Ist das etwa die jungliberale Arbeiterfreundlichkeit, welcher man sich, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Bürgerausschußwahlen, befleißigen will? Die Inhaber obengenannter Firma stehen doch jener Partei ziemlich nahe.

Wir werden noch näher auf den „Fall" zurückkommen. Unsere Gegner beklagen sich zwar bei jeder Gelegenheit über den Terrorismus der Arbeiter, dies Vorkommnis zeigt uns aber, daß, um sich vor dem Terrorismus der Arbeitgeber zu schützen, eine starke Organisation unbedingt notwendig ist.

Gemeindezeitung.

Daxlanden, 2. März. Sieg. Bei der gestern stattgehabten Bürgerausschußwahl in der 3. Wählerklasse siegte die sozialdemokratische Liste mit 242 bis 250 Stimmen gegen die des Zentrums, welches 56 bis 63 Stimmen auf sich vereinigte. Ein Bravo unsern Wählern der 3. Klasse!

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 2. März.

Zur heutigen Besprechung

werden die Vorstandsmitglieder des sozialdemokr. Vereins, der Arbeitergesangvereine, des Arbeiter-Radfahrervereins, der freien Turnerschaft und des Gewerkschafts-Kartells hierdurch nochmals eingeladen. Die Zusammenkunft findet im Nebenzimmer des Restaurants Auerhahn in der Schützenstraße statt.

Die abermalige Milchpreiserhöhung

ist gestern teilweise in Kraft getreten. Die Proletarierfrauen sind völlig ratlos, wie sie die fortwährenden Steigerungen der Lebensmittel mit dem knapp bemessenen Wirtschaftsgeld in Einklang bringen sollen. Und dabei stehen wir erst am Anfang des Inkrafttretens des Zolltarifs.

Das Wahl-Zentrumsflugblatt vor dem Landgericht.

Die bekannte Flugblattaffäre beschäftigte gestern in kurzer Verhandlung die hiesige Strafkammer als Berufungsinstanz. Wegen eines von mehreren Anhängern der Zentrumspartei kurz vor der Stichwahl veröffentlichten Flugblattes, das dem Preßgesetze nicht entsprach, war gegen diese wegen Vergehens gegen § 18a des Reichspreßgesetzes Anklage erhoben worden, die zu einer Bestrafung der Angeschuldigten durch das Schöffengericht Karlsruhe führte. Einer der Beteiligten, Revident Franz Heinrich Köhler aus Karlsruhe, hatte eine Geldstrafe von 20 Mark erhalten. Er wie die großh. Staatsanwaltschaft legten gegen dieses Urteil Berufung ein. Beide Berufungen wurden als unbegründet verworfen.

Damit dürfte die Angelegenheit, welche nach dem Wahlkampfe viel Staub aufwirbelte, endgiltig erledigt sein.

Die Zahlstelle des Schmiedeverbandes

schreibt uns unter Bezugnahme auf die Berichtigung der Herren Brotz und Schwab: Daß den Herren Schmiedemeistern die Registrierung ihrer Firmen nicht angenehm war, kann man sich vorstellen. Auch die anderen Genannten würden wahrscheinlich mit einer „Berichtigung" aufwarten, wenn nicht etwas faul im Staate Dänemark wäre. Was nun der Herr Brotz „berichtigen" will, ist uns selbst nicht recht klar, weil wir eben nicht wissen, was man unter der von ihm bezeichneten „Arbeitsordnung" verstehen soll. In den beiden letzten Notizen war klipp und klar von der Einhaltung des im vorigen Sommer vereinbarten Arbeits- und Lohnvertrages die Rede. Oder meint Herr Brotz etwa die Werkstattordnung? Diese ist nach unserer Ansicht mit dem Arbeits- und Lohnvertrage ganz und gar nicht identisch; eine „Arbeitsordnung" ist sie allenfalls. Diese (Werkstattordnung) hängt ja auch in der Werkstatt aus, wie wir erst in jüngster Zeit erfahren haben, aber einen Arbeits- und Lohnvertrag hat man in der Werkstatt nicht entdecken können. Es heißt doch ausdrücklich im § 8 des Vertrages u. a.:

Vorstehender Arbeits- und Lohnvertrag ist in jeder Werkstätte deutlich sichtbar auszuhängen.

Was nun die zweite Berichtigung, die des Herrn Schwab, anbetrifft, so sind wir gezwungen, zu konstatieren, daß in der Werkstatt des letzteren ebenfalls der Vertrag nicht aushing — bis zum Erscheinen der zweiten Notiz — und erst auf dieses hin hat sich Herr Schwab veranlaßt gefühlt, es nachzuholen, um berichtigen zu können. Wenn die anderen ebenfalls — in der vorigen Notiz genannten Herren — dem Beispiele des Herrn Schwab folgen, dann wollen wir zufrieden sein, auch auf die Gefahr einer — Berichtigung hin.

Krankenversicherung.

Dem badischen, über 200 000 Mitglieder starken Krankenkassenverband ist nun erfreulicherweise auch die **Betriebskrankenkasse der badischen Staatseisenbahnen dahier mit 17 532 Versicherten** beigetreten. Um das planmäßige und zielbewußte Zusammenarbeiten aller badischen Orts-, Betriebs- 2c. Krankenkassen immer mehr zu kräftigen und durch gemeinsames Vorgehen die noch bestehenden Mängel der Arbeiterversicherungsgesetze nach Möglichkeit zu beseitigen, sollten endlich alle Kassen angeschlossen sein; denn je tiefer man in die sozialen Verhältnisse der Versicherten eindringt, je mehr man sich mit den durch Krankheit und Invalidität hervorgetretenen Schädigungen beschäftigt, desto mehr kommt man zu der Ueberzeugung, daß nur ein solidarischer Zusammenschluß aller Krankenkassen zum Ziele führen kann.

Der Vorort des Verbandes hat seinen Sitz in Karlsruhe und ist dessen Vorsitzender Herr Rechtsanwalt Dr. M. Friedberg daselbst, Kriegstr. 48. Die Geschäftsstelle befindet sich im Rathaus Karlsruhe und können etwaige Auskünfte und Drucksachen (Jahresberichte und Versammlungsprotokolle) von Verwaltungsdirektor Sigmund daselbst einverlangt werden.

---

* **Krankheitsfälle bei den städtischen Beamten.** Das statistische Amt macht Mitteilung über die im vorigen Jahre bei den städtischen Beamten und Bediensteten vorgekommenen Krankheitsfälle. Danach sind von im ganzen 574 Beamten 39,37 Prozent erkrankt und beträgt die Zahl der Krankentage auf einen Beamten 6,99. Am günstigsten haben sich, wie auch schon im Jahre 1904, die Verhältnisse bei dem im Freien arbeitenden technischen und dem Fahrpersonal der städtischen Straßenbahn erwiesen, wo nur 22,60 Prozent der Beamten erkrankt sind und nur 3,41 Krankentage auf einen Beamten entfallen. Bei den übrigen Beamten, fast ausschließlich Bureaubeamten, sind im ganzen 46,85 Prozent erkrankt und entfallen auf einen Beamten 8,58 Krankentage.

* **Vergeben** werden: Die Lieferung von Pflastersteinen auf Rechnung des Tiefbauamts an Adam Aulenbacher in Ettlingen und J. Müller in Seebach, die Lieferung einer Drehbank auf Rechnung der Straßenbahn an die Firma H. Hommel hier.

* **Dem Bezirksamt** werden unbeanstandet vorgelegt 8 Gesuche um Aufnahme in den badischen Staatsverband, ein Naturalisationsgesuch, sowie die Gesuche des Kantiniers Jakob Haller hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zur Insel Helgoland, Durlacher Allee Nr. 34, des Küchenchefs Karl Link, zurzeit in Rastatt, um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zum Café Seufried, Zirkel Nr. 16, des Wirts Albert Eisele hier um Erlaubnis zur Verlegung seiner Gastwirtschaftskonzession von Kronenstraße Nr. 54 zum Bahnhof nach Werderstraße Nr. 40 zur Stadt Waibstadt, und zum Ausschank von Branntwein daselbst. Das Gesuch des Bäckers Josef Stöcklein hier um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Schankwirtschaft mit Branntweinschank im Hause Schillerstraße Nr. 23 bezw. um Verlegung der ihm auf die Gastwirtschaft zum Café Notwack verliehenen Konzession dahin wird unter Anschluß zweier dagegen eingekommener Einsprachen dem großh. Bezirksamt unter Verneinung der Bedürfnisfrage vorgelegt.

* **Um ein Vergehen** gegen das Photographieschutzgesetz handelte es sich bei einer Anklage gegen den Kaufmann Iwan Moos und Hedwig Moos, beide in Karlsruhe. Die Angeschuldigten, die hier einen Postkartenverlag besitzen, hatten seit längerer Zeit Photographien hiesiger Theatermitglieder des photographischen Kunstverlags Gebrüder Hirich hier, ohne dazu berechtigt zu sein, auf Postkarten nachbilden lassen und diese Karten in den Handel gebracht.

Das Gericht erkannte gegen die Angeklagten auf je 30 Mk. Geldstrafe und außerdem auf eine an die Firma Hirich zu zahlende Buße von 20 Mk.

* **Einer Kellnerin** wurde in der Nacht zum 28. Febr. im Löwenrachen während des Servierens ihr Portemonnaie mit 110 Mk. in Zehn- und Zwanzigmarkstücken gestohlen.

* **Die alte Unsitte.** In den Abendstunden des Mittwochs wollte ein auf der Durchreise sich hier aufhaltender Kaufmann in der Nähe des Hauptbahnhofs auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen aufspringen, wobei er zu Fall kam und bewußtlos liegen blieb. Er hatte eine starke Verletzung am Kopfe erlitten.

* **Hoftheater.** Lortzings komische Oper Der Wildschütz oder Die Stimme der Natur, welche seit dem Jahre 1900 hier nicht mehr wiedergegeben wurde, ist in den Spielplan aufgenommen worden und wird heute Freitag neueinstudiert in Szene gehen.

Aus dem Reiche.

Speyer, 28. Febr. Wie die Pfälz. Presse meldet, unterschlug der Mehlreisende Puder zum Nachteile der Dampfmühle F. Diessenbacher 30 000 Mk. Puder ist in Haft genommen worden.

Mainz, 28. Febr. Der Dienstknecht Johann Dick aus Börrstadt hatte in Mörstadt bei Worms ohne jede Veranlassung einen Kollegen auf der Straße zusammengestochen. Der Schwerverletzte schwebte längere Zeit in großer Lebensgefahr, genas aber schließlich. Die hiesige Strafkammer verurteilte heute den Dick zu 3½ Jahren Gefängnis.

Hanau, 1. März. Das Mädchen, dessen Leiche gestern aus dem Kleinen Main geländet wurde, ist als die 25 Jahre alte Minna Bayersdorf von hier erkannt worden. Sie hat Selbstmord verübt. Nach ihrem zuletzt gezeigten Verhalten dürfte sie die Tat in geistiger Umnachtung begangen haben.

Neunkirchen, 27. Febr. Auf Grube Reden stürzte der Bergmann Konrad Schmidt, der die Maschine in der Kohlenwäsche bediente, in den Schlammtrichter, wo er erstickte.

Köln, 28. Febr. Auswüchse des Kölner Karnevals. Im Verlauf der beiden letzten Karnevalstage sind in diesem Jahre derart viele Roheiten, Mißhandlungen und Diebstähle zutage getreten, wie nie zuvor. Eine große Menge durch Messerstiche und Schußwunden verletzte Personen mußten in die Hospitäler gebracht werden. Vermummte drangen in die verschlossene Wohnung eines Ehepaares ein und mißhandelten die im Schlafe befindlichen Eheleute aufs schwerste. Ein halbwüchsiger Bursche entzündete die Lockenperücke eines Maskierten, wodurch dieser schwere Brandwunden am Hinterkopf und Rücken erlitt.

Köln, 28. Febr. Heute Morgen explodierte in der Chemischen Fabrik zu Köln-Riehl ein Dampfkessel, wodurch ein Mann getötet wurde.

Nürnberg, 27. Febr. Der in den Siemens-Schuckert-Werken beschäftigte ledige Chemiker Völkel besuchte gestern spät abends seine in der Alexanderstraße bei ihren Eltern wohnende Braut, die Schreinerstochter Trenka, und gab ihr Gift. Das Mädchen verschied binnen einer Stunde. Völkel hatte sich inzwischen mit dem Bemerken entfernt, daß er Selbstmord begehen werde. Bis zur Stunde wird Völkel vermißt.

München, 28. Febr. Vor einigen Tagen erlitt auf einem Veteranenball eine Frau während des Tanzens einen Schlaganfall. Sie starb auf der Stelle. Ein hiesiges Blatt meldet den erschütternden Todesfall mit dem Beifügen: „Der peinliche Vorfall hat die Feststimmung unter den Ballgästen selbstverständlich sehr beeinträchtigt." Es wurde also weitergetanzt.

Zwickau, 28. Febr. Familientragödie. Fabriktischler Stemm in Wilkau versuchte aus Eifersucht seine Ehefrau mit einem Beil zu erschlagen, erschlug sein fünf Monate altes Kind und schnitt sich die Kehle durch. Er starb an Verblutung. Die Frau ist lebensgefährlich verletzt.

Der Mordprozeß Schelhaas und Marter.

Das Urteil

wurde von Heinrich und Katharina Schelhaas ohne sichtliche Erregung aufgenommen. Ihre Verteidiger, Justizrat Bernstein und Rechtsanwalt Dreifuß, haben gegen das Urteil bereits die Revision angemeldet.

Marter wurde beim Verlassen des Saales von einer hundertköpfigen Menge umringt und nach dem Telegraphenamt begleitet, wo er seinen Angehörigen seine Freisprechung und seine sofortige Abreise telegraphisch mitteilte.

Die Kritik der Presse

wendet sich bereits gegen das Urteil. Es trage, so sagt unser Münchener Parteiorgan, den Todeskeim in sich, es werde vom Reichsgericht nicht aufrecht erhalten werden können. Saßen doch im Gerichtshofe zwei Richter, die in dem gleichen Prozesse als Untersuchungsrichter tätig waren.

Wir werden morgen den überaus scharf gehaltenen Artikel der Münch. Post wiedergeben.

Letzte Post.

15 Personen verhaftet

wurden in Alzey wegen Teilnahme an den gestern gemeldeten Unruhen beim Schuhmacherstreik.

Merkwürdige Geschichte.

Der Berl. Lok.-Anz. meldet aus Trier: 36 Arbeiter aus dem französischen Streikgebiet versuchten, mit roten Fahnen die deutsche Grenze zu überschreiten, wurden jedoch durch Gendarmen und Grenzbeamte daran gehindert.

Sechs Monate Gefängnis

wurden Redakteur Kressin von der Leipz. Volksztg. wegen „Majestätsbeleidigung" zudiktiert.

Hamburger Streikbewegung.

Nach friedlicher Beilegung der Lohnbewegung im Hafen beginnt jetzt die Lohnbewegung auf den Werften, wo heute die Schiffstischler und die Modelltischler den Schiffszimmerern in der Aufstellung von Forderungen folgten.

Unentschieden ist Stephanys

Angelegenheit noch beim Bundesgericht Lausanne, dessen Plenarsitzung verschoben ist, da das Aktenmaterial noch ergänzt werden muß.

Post-Raub im Kaukasus.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur, deren offiziöse Nachrichten wenig Vertrauen verdienen, meldet aus Batum vom 1. März: Die von einem Schutzmann begleitete Post wurde heue früh um 5 Uhr auf dem Wege zum Bahnhofe durch ein quer über die Straße gespanntes Seil aufgehalten. 10 bewaffnete Räuber verwundeten den Schutzmann und beraubten die Post um 7000 Rubel teils in bar, teils in Wertpapieren. Den Postsack mit Geldsendungen im Werte von 10 000 Rubel ließen sie liegen. Die Räuber sind entkommen.

30 Personen ertranken

bei dem Untergang des Dampfers Thor, der in der stürmischen vorletzten Nacht infolge Bruchs der Ankerkette zwischen Haugesund und Bergen strandete.

Reichstag.

Berlin, 1. März

52. Sitzung.

Beratung des Justizetats.

Abg. Porzig (kons.): Die Schwurgerichte haben sich bewährt. Es ist unzutreffend, daß das Vertrauen zum Richterstande geschwunden sei, auch bestehe keine Klassenjustiz. Bei Ihrer Sympathie für die Revolutionäre dürfen Sie sich nicht wundern, wenn § 130 des Strafgesetzbuches gegen Sie zur Anwendung kommt.

Abg. Lucas (natl.): Sofern der Unwillen gegen die Rechtsprechung überhaupt vorhanden oder gerechtfertigt ist, sollte er nicht gegen die einzelnen Richter sich wenden, sondern gegen das Gesetz. Dem Antrag Ablaß stimmen wir nicht zu, im übrigen sind meine Freunde von dem Vorteil der Mitwirkung der Laien bei der Rechtsprechung überzeugt.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Nach dem Inkrafttreten der lex Hagemann ist sofort ein Rundschreiben erlassen worden, worin aufgefordert wird, mehr Strafsachen als bisher den Schöffengerichten zu überweisen.

Abg. Stücklen (Soz.) bleibt dem Abg. Porzig gegenüber dabei, daß zahlreiche Tendenzprozesse abhängig gemacht würden. Wenn die Gerichte, wie der Abgeordnete Porzig selbst gesagt hat, bei ihren Entscheidungen auf die Person des Täters und die begleitenden Zeitumstände Rücksicht nehmen sollen, so ist das Tendenzjustiz. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dem Antrage Ablaß auf Erweiterung der Zuständigkeit der Schwurgerichte stimmen wir natürlich zu. Die heutigen Zeitläufe machen es nötig, die Preßprozesse möglichst den Schöffengerichten zu entziehen. Das

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zentrum bringt den Schwurgerichten jetzt leider auch nur eine sehr platonische Liebe entgegen. Früher war das anders. Windthorst hat am 7. Oktober 1887 hier im Reichstage öffentlich bei einer Diskussion über das Strafmaß mitgeteilt, in einer Strafsache habe ihm gegenüber ein Kollege erklärt: „Der Mann ist so und so oft bestraft, da kommt es bei der Strafbemessung auf ein Jahr mehr oder weniger nicht an."

Seitdem Windthorst dies erzählte, ist die Strafrechtspflege nicht besser geworden. **Die Rechtsbelehrung an die Geschworenen müßte von einer Person ausgehen, die an den Verhandlungen vollständig unbeteiligt ist.** Der Staatsanwalt, der zugleich Ankläger und Verteidiger sein soll, ist meistens nur Ankläger und erblickt in jeder Freisprechung durch Geschworene eine Niederlage seiner Person. Die Offizialverteidiger müßten nur aus dem Stande der Rechtsanwälte genommen werden. Die Einzelfälle, die Abg. Bassermann mitteilte, beweisen nichts gegen die Institution der Schwurgerichte. Wir geben zu, daß auch die Schwurgerichte Klassengerichte sind; aber die uns vorgeschlagenen großen Schöffengerichte sind für uns kein annehmbares Tauschobjekt. Die Gewährung von Diäten an Schöffen und Geschworene würde auch den ärmeren Klassen die Teilnahme an der Rechtsprechung ermöglichen. Daß der Staatssekretär gegen den Antrag Ablaß Stellung genommen hat, erkläre ich mir aus Gründen der Staatsraison; man will die Presse in der Hand behalten und sie vor den gelehrten Richter stellen. (Beifall bei den Sozialdemokr.)

Staatssekretär Dr. **Nieberding**: Der Erklärung des Vorredners, daß seine Partei unserer Justiz kein Vertrauen entgegenbringe, bedurfte es nicht, das wußten wir vorher. Die Entscheidungen unserer Richter sind sicher besser, als diejenigen, die wir zu erwarten hätten, wenn die Justiz in den Händen der Sozialdemokratie wäre. In Bezug der Würdigung der Ueberzeugungen stehen unsere Richter turmhoch über denjenigen im Zukunftsstaat. Der Antrag Ablaß werde von den verbündeten Regierungen nicht angenommen werden.

Abg. **Kirsch** (Zentr.) tritt für die Gewährung von Entschädigungen an Schöffen und Geschworene ein. Wenn das Zentrum auch den Antrag Ablaß ablehne, wünsche es doch Ersatz der Schwurgerichte durch große Schöffengerichte.

Abg. **Heine** (Soz.): Die Vorschläge der Strafprozeßordnungs-Kommission lehnen wir als gänzlich unzulänglich ab. Sie bedeuten eher eine Verschlimmerung als eine Verbesserung der bestehenden Zustände. Der Zweck der Vorschläge liegt auf dem politischen Gebiete. Besonders ist das ersichtlich hinsichtlich der Bestimmungen über die Untersuchungshaft: es ist hier absolut keine Garantie gegen Mißbrauch gegeben. Wir danken für die vorgeschlagene Berufung gegen Strafkammerurteile, da man mit dieser eine Bestrafung wegen mutwilliger Berufung verquickt hat. Wer soll denn da Berufung einlegen? Das ist ja ein schlimmerer Zustand, als wir ihn heute haben. Daß die Begründung des Urteils bei Schöffengerichten ein Vorteil sein soll, kann nur der einsehen, welcher einen Angriff auf das Zentrum als Gotteslästerung und einen Angriff auf die Muckerei als Unzucht betrachtet.

Ich erinnere an den Simplizissimusprozeß. Daß wir den Simplizissimusprozeß in Deutschland haben, ist eine nationale Tat, denn dieses Blatt sagt ungeschminkt die Wahrheit. (Gelächter rechts und im Zentrum.) Es ist auch auffallend, daß die Strafprozeßordnungskommission behauptet, gerade die Schwurgerichte seien in politischer Beziehung unzuverlässig. Ich meine, daß bei den Berufsgerichten der Richter viel mehr Parteimann ist als die Geschworenen. Im weiteren kritisiert Redner unsere Rechtsprechung unter Anführung von Beispielen.

Staatssekretär Dr. **Nieberding**: Wenn der Vorredner ehrlich wäre, müßte er die von ihm angeführten Fälle von Protokollfälschungen usw. als Ausnahmen bezeichnen. Das politische Vorurteil ist bei der Sozialdemokratie größer, als bei irgend einer anderen Partei. Machen Sie sich zunächst davon frei! Das Prinzip des Abg. Heine ist das, die Justiz schlecht zu machen in einer Weise, daß das Ausland darüber geradezu starr sein muß. Seine Rede über die Wahrheit müßte der Vorredner einmal der sozialdemokratischen Presse halten. Ehrlichkeit und Wahrheit sind da am wenigsten zu finden. (Lebhafter, demonstrativer Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Freitag Fortsetzung.

Vereinsanzeiger.

Beiertheim. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 3. März, abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bürgerausschußwahlen. Da diese Wahlen für uns von sehr weittragender Bedeutung sind, ist zahlreiches Erscheinen notwendig. 814 Der Vorstand.

Rintheim. (Soz. Partei.) Samstag, den 3. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet 808 Der Vorstand.

Durlach. (Sozialdem. Verein.) Samstag, den 3. März, abends halb 9 Uhr, findet im Schwanen Mitgliederversammlung mit Vortrag statt. Zahlreiches Erscheinen erwartet 794 Der Vorstand.

Durlach. (Gewerkschaftskartell.) Sonntag, den 4. März, vormittags 10 Uhr, findet die Prüfung des Unterrichtskurses der 1. und 2. Klasse in der Töchterschule statt, wozu die Genossen, speziell die Kartelldelegierten mit dem Ersuchen, zahlreich zu erscheinen, höflichst eingeladen werden. 811 Der Vorstand.

Durlach. (Deutscher Holzarbeiterverband.) Unseren Kollegen hierdurch zur Nachricht, daß am Samstag, 3. März, gleich nach Geschäftsschluß, eine Fabrikversammlung im Grünen Hof stattfindet. Wir erwarten das Erscheinen sämtlicher Kollegen. 806 Der Vorstand.

Brötzingen. (Arbeiter-Wahlverein.) Montag, 5. März, abends 8 Uhr, Ausschußsitzung in der Stadt Belfort (Neustadt). Fehlende werden bestraft. 809.2 Der Vorstand.

Forchheim. (Sozialdem. Verein.) Sonntag, 4. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Vereinslokal Mitgliederversammlung statt. Berichterstattung vom Parteitag. Die Mitglieder werden ersucht, vollzählig zu erscheinen. Die Verwaltungsmitglieder früher. 810 Der Vorstand.

Achern. (Wahlverein.) Sonntag Nachmittag 2 Uhr: Generalversammlung im Nebenzimmer zum Fellschlößchen. 812.2 Der Vorstand.

Triberg. (Arbeiter-Wahlverein.) Samstag, 3. März, abends halb 9 Uhr, im Bad: Versammlung. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag, Wahlkreis-Konferenz rc. 807

Emmendingen. (Soz. Verein.) Samstag, den 3. März, abends punkt halb 9 Uhr, Versammlung. Genosse Engler-Freiburg spricht über den Parteitag. Vollzähliges Erscheinen wichtiger Tagesordnung halber unbedingt notwendig. 805 Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

W. in W. Persönliche Rücksprache nötig.

O. St. Wenden Sie sich an Oskar Schwobentha, Werderstr. 76, 4. St.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: A. Weihmann; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, Geck u. Cie. Sämtliche in Karlsruhe.

Sozialdemokr. Partei im Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal.

Sonntag den 18. März, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zum „Schiff" (Saal) in **Daxlanden** 817.3

Wahlkreis-Konferenz.

Tagesordnung:

„Der Ausbau der Organisation im Wahlkreis".

Wir ersuchen die Partei-Mitgliedschaften des Kreises, rechtzeitig die Wahl der Delegierten vorzunehmen.

Das Agitations-Komitee.

Freie Anti-ultramontane Vereinigung

Karlsruhe.

Freitag den 2. März, abends halb 9 Uhr, im großen Saale der „Eintracht", Karlfriedrichstraße

Oeffentl. Versammlung

Thema:

„Der Ultramontanismus und die Schule".

Referent: Prof. Dr. **Böhtlingk.**

Jedermann, auch Damen willkommen. **Freie Diskussion.**

Der Vorstand.

Nummerierte Plätze sind im Vorverkauf zu haben in der Hofbuchhandlung A. Bielefeld und an der Abendkasse. 780.2

Karlsruher Athleten-Gesellschaft.

Am **Sonntag den 4. März, abends 7 Uhr,** veranstalten wir in unserm Lokale, Restauration zum **Schrempp'schen Bierkeller,** Beiertheimer Allee 18, eine

athletische und akrobatische

Vorstellung

unter gefl. Mitwirkung des bekannten Sportsgenossen, Herrn Georg Benz, Artist, sowie großem **Ehrenpreis-Stemmen und Ringen,** wozu wir unsere werten Familienangehörigen, Sportsgenossen, Freunde und Gönner unseres Vereins freundlichst einladen. **Eintritt frei!** 818

Hierauf Tanz.

Der Vorstand.

Vereinigte

Gewerkschafts-Organisationen

Pforzheim.

Samstag, 3. März, abends 9 Uhr, im „Tivoli"

Oeffentl. Versammlung der Mitglieder der hiesigen Ortskrankenkasse.

Tagesordnung: **„Das Krankenversicherungswesen in Deutschland".**

Referent: Herr Landtagsabgeordneter **Kräuter-Freiburg.**

Mit Rücksicht auf die am nächsten Montag stattfindende **Wahl von Vertretern zur Generalversammlung der hiesigen Ortskrankenkasse** ist zahlreiches Erscheinen sehr erwünscht 796.2

Der Kartellausschuss.

Sozialdemokrat. Partei des V. badischen Reichstagswahlkreises.

Sonntag, den 4. März, nachmittags punkt 2 Uhr beginnend

Wahlkreiskonferenz

in der Restauration zur „Stadt Belfort" zu Freiburg.

Tagesordnung:

1. Reuorganisation der Partei im Kreis.
2. Schaffung eines Statuts.
3. Bericht des Vertrauensmannes und der Delegierten.

Zu dieser Konferenz laden wir die Delegierten der Organisationen sowie die einzelnen Genossen aus den andern Orten freundlichst und dringend zu zahlreichem und pünktlichem Erscheinen ein. 773

Das Komitee.

Nr. 15 204.
Tab. A I Nr. 226.

Fahndung.

Am Hause Ritterstraße 8 wurde in der Nacht vom 17. zum 18. Febr ein Türdrücker (Drache aus gelblichem Bronzeguß im Jugendstiel) entwendet.

Es wird um sachdienliche Mitteilungen ersucht

Für die Ermittelung des Täters hat der Geschädigte eine **Belohnung von 50 Mk.** ausgesetzt.

Karlsruhe den 26. Februar 1906.

Amtsanwalt I:
Braun. 798

Deutscher Metallarbeiter-Verband,

Verwaltung Durlach.

Samstag den 3. März 1906, abends **6** Uhr, findet im Saale zum **Grünen Hof** eine Versammlung der **Gritzner'schen Arbeiter** statt.

Tagesordnung:

Unternehmergewinne und der Kampf der Arbeiterschaft um bessere Existenzbedingungen unter besonderer Berücksichtigung der Firma Gritzner, Akt.-Ges., Durlach.

Referent: **L. Rückert,** Geschäftsführer aus Karlsruhe.

Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

804

3 Ausnahmetage

für Knaben-Schulanzüge — Arbeits- und Buxkin-Hosen

Freitag, 2. Samstag, 3. Sonntag, 4. dieser Woche

gewähre auf nachstehende Artikel **große Preisermäßigung** und offeriere solange Vorrat **reicht**

Serie I.

Knaben-Anzug, Fasson Robert, in Gr. 1 Mk. 2.75
jede folgende Größe plus 0.25.

Serie II.

Dauerh. Strapazieranzug, Fasson Oskar, Gr. 1 Mk. 2.90
jede folgende Größe plus 0.50.

Serie III.

Guter Buxkin-Anzug, Fasson Fritz, Gr. 1 Mk. 3.25
jede folgende Größe plus 0.75.

Aparter Kammgarn-Anzug, Fasson Richard, in ganz gefüttert, Gr. 1 Mk. 6.25
jede folgende Größe plus 0.75.

Abteilung Hosen:

Arbeitshose Iltis, 74 Schritt, Mk. 1.25
jede folgende Größe plus 0.15.

Arbeitshose, gestreift, Leder, 74 Schritt, Mk. 2.25
jede folgende Größe plus 0.25.

Buxkinhose Tirley, bestes eisenstarkes Material, 74 Schritt, Mk. 4.25
jede folgende Größe plus 0.75.

Während dieser 3 Tage Preisermäßigung in allen Abteilungen.

Große Auswahl in Konfirmanden- und Kommunikanten-Anzügen.

Krämers Konfektionshaus Durlach.

Hauptstraße 75, vis-à-vis dem „Krokodil". 795

Sonntags geöffnet von 8–9 Uhr und 11–3 Uhr.

Freie Turnerschaft Karlsruhe

Montag, 5. März, abends 1/2 9 Uhr, im Vereinslokal, Restauration **Möhrlein,** Kaiserstraße 13

Vereins-Versammlung.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

802 **Der Turnrat.**

Freie Turnerschaft Pforzheim.

Diejenigen Turngenossen, die gesonnen sind, in einer Altersriege mitzuturnen, werden ersucht, am **Freitag Abend 8 Uhr** in der Turnhalle, Erbprinzenstraße, zu erscheinen. Nach dem Turnen **Besprechung** im Kauzenbach. 813

Der Vorturner.

Blaue Anzüge

vom Guten das Beste

R. Pahr,
32 Kronenstraße 32. 346

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten:

20. Febr: Erna Luise Alma, Vat. Friedrich Becker, Milchhändler. 21.: Elfriede, V. Hermann Schenck, Ingenieur. Johanna Barbara, V. August Heilmann, Schlosser. 22.: Otto Hermann, V. Christian Kast, Reg.-Führer. 23.: Itte, Vat. Bernhard Kotkowski, Schneider. Crescentia Hildegard, V. Jakob Weber, Schuhmacher. 24.: Karl Max und Friedrich Wilhelm, Zwillinge, Vat. Otto Müssig, Wagenwärtergehilfe. Max Georg Franz, V. Paul Müller, Bremswachtmeister. 25.: Anna Emma Sofie Viktoria, V. Franz Sturn, Betriebsassistent. Maria Karolina, V. Karl Müller, Schlosser. 26.: Anna Katharina, Vat. Anton Kalis, Eisenbahnschaffner. Walter, Vat. Franz Hoch, Kaufmann. Otto Friedolin, V. Friedolin Herb, Bierführer. Erika Paula, V. Josef Mayer, Kassendiener.

Todesfälle:

23. Februar: Emma, alt 2 M. 1 T., Vat. Emil Röderer, Konditormeister. Emma Strickfaden, alt 58 J., Witwe des Schuhmachermeisters Johann Strickfaden. 25.: Thomas Weber, Wirt, ein Ehemann, alt 6 Jahre.

Vereinsbank Karlsruhe

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkterer Haftpflicht.

Hierdurch laden wir die verehrlichen Mitglieder zu der

Donnerstag, den 15. März 1906,
abends **6** Uhr,

im grossen Saale der **„Eintracht"** stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung

ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Rechnungsablage und Erteilung der Entlastung des Vorstandes.
2. Beschlussfassung über die Gewinn-Verteilung.
3. Antrag auf Erhöhung des Höchstbetrages, welchen
   a. sämtliche, die Genossenschaft belastenden Anlehen und Spareinlagen zusammen,
   b. die bei einem einzelnen Mitgliede gleichzeitig anstehenden Kredite nicht überschreiten dürfen.
4. Wahl in den Aufsichtsrat. Es scheiden nach der statutengemässen Bestimmung aus die Herren: Otto Himmelheber, Wilh. Kölitz, Karl Markstahler, welche wieder wählbar sind.

Anträge, über welche in der Generalversammlung Beschluss gefasst werden soll, wolle man spätestens bis zum **8. März ds. Js.** bei dem unterzeichneten Aufsichtsrat einreichen.

Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 1905 kann **vom 1. März ab** in unserem Geschäftslokale in Empfang genommen werden.

Karlsruhe, den 21. Februar 1906.

Der Aufsichtsrat der Vereinsbank Karlsruhe
eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Adolf Wilser, Vorsitzender. 816

Geschäfts-Verlegung und Empfehlung.

Meiner werten Kundschaft sowie titl. Publikum zur gefl. Kenntnis, daß ich mein

Fahrrad- u. Nähmaschinengeschäft

mit Reparatur-Werkstätte

vom 1. März ab von **Karlstraße 6** nach

Erbprinzenstraße 34, nächst der Reichspost,

verlegt habe. Indem ich mich in allen in mein Fach einschlagenden Arbeiten bestens empfohlen halte, zeichne

815 Hochachtungsvollst

Carl Steinbach.

Gegründet 1893. Jährlicher Versand über 12 000 Uhren.

Ueber Hunderttausend Kunden. Viele Tausend Anerkennung.

Gegen kleine monatl. Teilzahlungen liefern die besten Uhren und Goldwaren

Jonass & Cie., Berlin SW. 241

Kommandantenstr. 7/9.

Der Katalog Nr. 50 mit über 1000 Abbildungen wird auf Verlangen portofr. zugesandt.

Schön möbl. Zimmer

auf 1. April zu vermieten.

Morgenstr. 42, 4. St.

Bauführer-Gesuch.

Wir suchen zum sofortigen Dienstantritt **zwei tüchtige Bauführer.** Bewerbungsgesuche sind unter Beifügung von Zeugnisabschriften, Lebenslauf, sowie Angabe der Gehaltsansprüche bis

Freitag, den 9. März d. J.

an die unterzeichnete Stelle zu richten.

Nur solche Bewerber, welche eine längere Baupraxis nachzuweisen vermögen und mit den süddeutschen Verhältnissen vertraut sind, wollen sich melden.

Karlsruhe, den 26. Februar 1906.

Städt. Hochbauamt.